

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 11. November 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunzel), Wilhelmstraße, Post-Belegkass. bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtw.-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf an die Genossinnen Deutschlands zur außerordentlichen Frauenkonferenz. — Der preussische Parteitag. Von B. — Die außerordentliche Frauenkonferenz in Berlin. Von Luise Zieh. — Die Frauen und das Selbstverwaltungswesen der Gemeinden. Von P. H. — Schulartzberichte. III. Von Dr. Jabel. — Aus den Anfängen der Frauenbewegung. Von Anna Bloß. — Bürgerliche Frauentagungen. II. Von Luise Zieh. — Von der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Österreich. Von Emma Freundlich. — Bordelle und Mädchenhandel.

Aus der Bewegung: Plammäßige Agitation der Genossinnen für die Erweiterung des geschlichen Arbeiterschutzes und für ein freirechtliches Vereins- und Versammlungswesen. — Anträge der Berliner Genossinnen zum zweiten preussischen Parteitag. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Niederrheinischer Parteitag in Düsseldorf. — Bayerische Frauenkonferenz. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der Boykott über die Warenhäuser der Firma Jandorf in Berlin. — Vom Kampf der Kohlenbergleute in der Niederlausitz. — Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Familien: Weibgeschichte. Von Arno Holz. (Gedicht). — Rokka Mohammed. Eine kurdische Erzählung. Deutsch nachgezählt von E. Hartmann-Harber.

Genossinnen!

Die wachsende Bedeutung der Dienstbotenbewegung und die Aufgaben, welche sie an uns stellt, läßt eine besondere Beratung als dringend notwendig erscheinen. Die Unterzeichnete beruft daher

eine außerordentliche Frauenkonferenz

für Dienstag den 19. November nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 3, ein. Die Konferenz wird vormittags 9 Uhr eröffnet.

Provisorische Tagesordnung:

Die Dienstbotenbewegung.

- a. Agitation und Organisation. Referentin: Genossin Käbler-Düsseldorf.
- b. Der Stellennachweis. Referentin: Genossin Zieh-Hamburg.
- c. Der freie Dienstvertrag. Referentin: Genossin Baar-Berlin.

Alle Genossinnen, welche als Delegierte an dem Preuentag teilnehmen sollen, werden ersucht, sich gleichzeitig auch ein Mandat für die Frauenkonferenz übertragen zu lassen. Durch Zirkular an die Vertrauenspersonen sind die Genossinnen in Preußen bereits aufgefordert worden, in der nämlichen Weise wie zu den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie für ihre Vertretung auf dem Parteitag zu sorgen. Die Dienstbotenvereine, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, werden aufgefordert, ihre Vertreterinnen zu der Konferenz zu entsenden. Des weiteren sollten sich auf ihr die Genossinnen solcher Orte vertreten lassen, wo die Bewegung unter den Dienstboten in Fluß kommt und die Gründung einer Organisation vorbereitet wird. Die Wahlen der Delegierten haben in der üblichen Weise zu erfolgen.

Genossinnen! Die Wichtigkeit der bevorstehenden Tagung verlangt, daß ihr sofort mit gesteigerter Rührigkeit an die Arbeit geht, um eine zahlreiche und sachverständige Besichtigung der Konferenz zu sichern.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ottile Baader,

Vertrauensperson der sozialdemokr. Frauen Deutschlands
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Der preussische Parteitag.

Am 21. November tritt er zu Berlin zusammen, der zweite Parteitag der preussischen Sozialdemokraten. Ein Landesparteitag nur und doch eine Tagung, auf die sich die Blicke der ganzen deutschen Sozialdemokratie richten werden, deren Verhandlungen und Beschlüsse lebendigster Anteilnahme und lebhaftesten Interesses sicher sind im klassenbewußten Proletariat aller deutschen Gauen.

Denn die preussische Frage ist die deutsche Frage. Vor zwei Menschenaltern galt der Satz für die Bourgeoisie. Heute gilt er für das Proletariat. Wie bis vor kurzem die russische Reaktion ein drohendes Hindernis der freiheitlichen Entwicklung Europas war, so ist's die borusische Reaktion für Deutschlands Aufstieg zu höheren politischen Formen, in denen der kämpfenden Arbeiterklasse die Möglichkeit stetigen organischen Fortschritts bis zur völligen Befreiung gegeben ist. Preußen ist nicht nur der größte unter den Bundesstaaten des Reichs, es ist auch die Vormacht, der Staat, der wegen der engen Verbindung der vollziehenden Gewalten im Reich und in Preußen auf die deutsche Politik einen Einfluß ausübt, der weit über das zahlenmäßige Verhältnis seiner Vertretung im Bundesrat hinausreicht. In Preußen aber sind die Junker alles und ist das Proletariat nichts. Die stärkste Partei des Landes ist für die Landespolitik nicht vorhanden, weil ein raffiniertes plutokratisches Wahlsystem sie von der Vertretung im Landtag ausschließt. Die preussischen Junker sind die erbittertesten, die brutalsten und rücksichtslosesten Feinde der Arbeiterbewegung, die lautesten Rufer nach Ausnahmegeetzen wider den „Umsturz“, die hartnäckigsten Widersacher jeder Demokratisierung des Staatslebens, jeder Erweiterung der Volksrechte. Das Dreiklassenwahlsystem macht sie zu Herren des preussischen Landtags, zu Herren Preußens, zu Mächtigen im Reich, deren Einfluß dort viel weiter reicht, als ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in Deutschland entspricht.

Die preussische Wahlrechtsfrage, die den Kern der Verhandlungen des preussischen Parteitags bilden wird, ist deshalb eine deutsche Frage, die indes von der preussischen Sozialdemokratie zu lösen ist und die deshalb mit Recht dem preussischen Parteitag vorbehalten wurde. Um so mehr, als die Verhältnisse Preußens ganz eigenartige, von denen aller anderen Staaten erheblich abweichende sind. Das Terrain des Wahlrechtskampfes ist in Preußen schon ein vielfach anderes und unangünstigeres, als in den süddeutschen Bundesstaaten. Noch viel mehr tritt die Verschiedenheit bei dem Vergleich Preußens mit ausländischen Staaten hervor. Das Proletariat Preußens ist daher gezwungen, bei seinem Sturm auf die Zwingsburg der Junker sich eigene Wege zu bahnen, die Methoden, die Anwendung finden können, müssen sich teilweise erst im Kampfe selbst ergeben. Aber eins ist sicher: an männlichem Vertrauen in seine Latkraft und Energie wird es sicher dem Proletariat anderer Länder nicht zurückstehen. Der preussische Parteitag wird in Hinblick auf den Wahlrechtskampf vor eine große, schwierige Aufgabe gestellt. Genosse Eduard Adler-Kiel wird die Beratungen durch ein Referat über die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtags und die Wahlrechtsfrage in Preußen einleiten. Es wird in diesen Beratungen auch zu erwägen sein, wie sich für den Wahlrechtskampf am besten die Klemme ausnützen läßt, in die sich der Freisinn einerseits durch seine Teilnahme am Block, andererseits durch seinen Wahlrechtsantrag gebracht hat — der eine Frucht der anfänglich von den Freisinnigen verhöhten proletarischen Wahlrechtsbewegung vom Frühjahr 1906 war. Die Mittel, die Wege des Kampfes werden geprüft, die Waffen gesichtet werden.

Die Partei im Lande harret des Signals, das der Rat der Partei geben wird, entschlossen, in allen ihren Gliedern ihre Pflicht zu tun. In allen ihren Gliedern, denn auch die proletarischen Frauen Preußens werden diesen Kampf mitkämpfen. Die Forderung der Sozialdemokratie gilt so gut dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für die Frau wie für den Mann. Der Wahlrechtskampf wird die Gelegenheit geben, Tausende und aber Tausende von bisher indifferenten Frauen über die Notwendigkeit und die Bedeutung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts aufzuklären, sie der Armee proletarischer Kämpferinnen zuzuführen und damit ihre Kräfte auch für den allgemeinen Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu gewinnen, zugleich aber auch die Wucht des Wahlrechtskampfes zu verstärken. Die Begeisterung und die Opferwilligkeit der erwachten Frauen wird so die Sache des Proletariats fördern und die bürgerliche Gesellschaft wird begreifen müssen, daß das Frauenwahlrecht nicht bloß ein Punkt eines papiernen Programms ist, sondern ein reales Bedürfnis und eine Forderung, die im Bewußtsein und Wollen des Proletariats beider Geschlechter lebendig ist.

Der Beratung der Wahlrechtsfrage geht vorher die Verhandlung über die Organisation in Preußen. Genosse Hugo Paase-Königsberg wird dazu das Referat erstatten. Hier werden differierende Meinungen auseinanderstoßen. Das Problem einer preussischen Organisation mit eigenem, selbständigem Kopf und eigener Kassensführung ist deswegen besonders schwierig, weil es die Kompetenz des deutschen Parteivorstandes berührt. Es kann für die deutsche Gesamt-

partei natürlich nicht gleichgültig sein, wenn die Sozialdemokratie des größten Bundesstaats, aus dem der größte Teil der Beiträge zur Parteikasse fließt, mit ihren Leistungen erheblich nachlassen würde. Und es kann ihr ebenfalls nicht gleichgültig sein, wenn es zwischen zwei leitenden Körperschaften der Partei infolge der engen Berührung, ja Durchdringung ihrer Arbeitsgebiete zu Reibungen käme, die den Gang der Parteiarbeit erschweren müßten. Bei der großen Bedeutung, welche die preussische Politik für das Reich hat, lassen sich die Arbeitsgebiete des deutschen und eines preussischen Parteivorstandes nicht reinlich trennen. Der Organisationsentwurf der Berliner Genossen versucht diesen Gefahren aus dem Wege zu gehen durch eine Gefaltung der Organisation, bei der ihre eigentliche Leitung dem deutschen Parteivorstande verbleibt. Manche Genossen aber halten eine besondere leitende Körperschaft für Preußen notwendig, die sie allerdings in enge Beziehung mit dem deutschen Parteivorstand gebracht wissen wollen. Die Delegierten werden zu entscheiden haben, wie das von allen Richtungen erstrebte Ziel, eine schlagfertige Organisation der preussischen Sozialdemokratie, am besten erreicht werden kann ohne Schädigung der deutschen Gesamtpartei.

Der dritte Punkt der Tagesordnung betrifft die preussischen Landtagswahlen von 1908. Der Referent Genosse Dr. Arons-Berlin wird die Änderungen der Wahltechnik, die sich aus der im Vorjahr vom Landtag vorgenommenen Fikerei am Dreiklassenwahlsystem ergaben, zu erläutern und auf die hohe Bedeutung dieser Wahlen für den Wahlrechtskampf hinzuweisen haben. Je größer und imposanter die Zahl derer ist, die unter dem schmachvollen öffentlichen Wahlverfahren durch den sozialdemokratischen Stimmzettel gegen die Dreiklassenwahlrecht protestiert, um so eher werden die Tage des miserabelsten aller Wahlsysteme gezählt sein. Die preussische Sozialdemokratie wird den Wahlrechtssturm ergännen müssen durch den Sturm auf die Wahlurne, der Parteitag wird die Genossen im Lande nicht im unklaren darüber lassen dürfen, daß die preussischen Landtagswahlen diesmal an Wichtigkeit hinter den Reichstagswahlen nicht zurückstehen und die Ausbietung der ganzen Kraft der Partei erfordern.

Der großen Bedeutung, die der preussische Staat als Unternehmer, als Ausbeuter proletarischer Arbeitskraft hat — er beschäftigt Hunderttausende von Staatsarbeitern im Eisenbahnbetrieb, in Bergwerken, Werkstätten, Forsten usw. —, entspricht die Ansetzung des Themas: Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen, mit Genossen Karl Legien-Berlin als Referenten. Der fünfte und letzte Punkt der Tagesordnung: Selbstverwaltung und Gemeinde, Referent Genosse Hirsch-Charlottenburg, ergibt sich aus dem Umstand, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden in Preußen erstickt unter den Übergriffen der Bürokratie, und daß dem Proletariat die Mitarbeit an der Selbstverwaltung durch plutokratische Gemeindevahlsysteme außerordentlich erschwert wird.

So harret des preussischen Parteitags eine Fülle wichtiger und schwieriger Arbeiten. Er wird bedeutsame Entscheidungen zu fällen haben, deren Tragweite über die preussischen Grenzpfähle hinausreicht. Dem preussischen Proletariat ist die Ausgabe zugefallen, dem deutschen Reichslaren den preussischen Hemmschuh abzunehmen. Möge es sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen. Möge der Rat der preussischen Sozialdemokratie in den drei Tagen seiner Verhandlungen gute Arbeit leisten — ein gutes Vorzeichen für den großen Kampf, in den das Proletariat Preußens marschiert!

Die außerordentliche Frauenkonferenz in Berlin.

Den Leserinnen der „Gleichheit“ ist es bekannt, daß diese Zeitschrift sich seit vielen Jahren mit der Lage der Dienstmädchen beschäftigt, wie mit den Mitteln zu ihrer Verbesserung. Sie wissen auch, daß verschiedentlich, so namentlich in Berlin, die Genossinnen sich der Dienstmädchen angenommen haben, daß sie unter ihnen agitierten und sie zu organisieren versuchten. Eine planvolle Agitation im ganzen Reiche, oder vorläufig wenigstens in einer Reihe von Städten, erfolgte jedoch erst, nachdem in Mannheim sich unsere Frauenkonferenz mit der Dienstbotenfrage beschäftigt hatte.

In Mannheim empfahl Genossin Grünberg, die über die Dienstbotenbewegung referierte, eine Resolution, welche im Interesse der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung der Mädchen bestimmte Forderungen aufstellte und den Genossinnen die Pflicht auferlegte, überall sowohl im Sinne dieser Forderungen als auch vor

allem für die Organisierung der Dienstmädchen zu wirken.

In einer ganzen Anzahl von Orten sind die Genossinnen dieser Pflicht gerecht geworden, haben sie, meistens mit der weitestgehenden Unterstützung der Gewerkschaftskartelle, die Agitation mit mehr oder minder günstigem Erfolge eingeleitet und fortgesetzt. Eins hat sich dabei wohl überall zur Evidenz erwiesen: Soll die Dienstmädchenbewegung in Fluß bleiben und Erfolge erzielen, so bedürfen wir an den einzelnen Orten intelligenter Genossinnen, welche die Agitation und die Verwaltung der Vereine in die Hand nehmen. Erklärlich genug. Die Mädchen können dank ihrer Abhängigkeit und des Mangels an freier Zeit diese Arbeit allein nicht leisten, so wünschenswert es auch wäre. Zur Teilnahme an den Agitations- und Verwaltungsarbeiten müssen sie jedoch im weitesten Maße herangeholt werden, was auch wohl überall geschehen ist. Ist die Organisation so weit erstarkt, daß sie Personen befolgen kann, wird dies ja besser werden. Ein Jahr ist seit der an vielen Orten eingeleiteten Agitation unter den Dienstmädchen verstrichen. Die Genossinnen haben das Bedürfnis, die gemachten Erfahrungen miteinander auszutauschen, um ihre Arbeit möglichst erfolgreich zu gestalten. Diesem Zwecke soll in erster Linie die am 19. d. M. in Berlin tagende Konferenz dienen.

Wie wertvoll eine solche Aussprache, wie befruchtend der Austausch von Anregungen für Agitation und Organisation wirken muß, bedarf keiner Begründung. Der Erfolg unserer Konferenzen, Parteitage und Kongresse ist Beweis genug.

Doch noch einem weiteren Zwecke soll die Konferenz dienen. Bisher sind die gegründeten Organisationslokale Vereine, die vorläufig fast überall isoliert stehen, die es vorderhand als ihre vornehmste Pflicht ansahen, die Mädchen zu wecken und zusammenzuführen. Der Dienstvertrag (den seinerzeit die „Gleichheit“ veröffentlichte) hat uns bei dieser Arbeit der Agitation vortreffliche Dienste geleistet. Jedoch sollen seine Bestimmungen nicht in alle Einzelheiten nur Agitationsmaterial bleiben, vielmehr sollen sie zum Nutzen der Mädchen baldmöglichst durchgeführt werden. Soll das geschehen, sollen auch andere Vorteile für die Mädchen erreicht werden, so gilt es, die einzelnen lokalen Vereine zu einer leistungsfähigen, gewerkschaftlichen Organisation zusammenzufassen.

Die Vereine für den Gedanken der Zentralisation zu gewinnen, damit auch die Dienstmädchenorganisation als gleichwertiges Glied dem großen Gewerkschaftskörper angeschlossen wird, ist eine weitere wichtige Aufgabe der Konferenz. Dabei versteht es sich am Rande, daß dann gleichfalls in den Kreis der Beratungen die Frage gezogen wird: Welches soll in Zukunft das Publikationsorgan der Mädchen sein. Daß auf die Dauer die „Gleichheit“ dies nicht sein kann, wird allen einleuchten. Zu erst für die Mädchen wird, wenn die Zentralisation perfekt und der Anschluß an die örtlichen Kartelle und an die Generalkommission vollzogen ist, ein sorgfältig redigiertes Blatt vonnöten sein. Kann und will die Konferenz hier natürlich auch keine Beschlüsse fassen — das zu tun wird Sache der zentralisierten Gewerkschaft sein —, so kann und soll die gepflogene Aussprache doch auch in dieser Beziehung klärend und vorbereitend wirken.

Geradezu als Rückgrat der Vereine haben sich an einzelnen Orten die eigenen Stellennachweise erwiesen. Sie sind zunächst ein vorzügliches Agitationsmittel just unter den Jaghaften und werden im Laufe der Zeit zu einem ebenso vorzüglichen Kampfmittel werden. Es ist daher nötig, daß die Konferenz sich mit ihnen beschäftigt und ihren Wert in das rechte Licht rückt. In allen Orten, wo die Genossinnen die Dienstmädchenbewegung in Fluß gebracht haben, sind viele und wertvolle praktische Erfahrungen gemacht worden. Diese für die so wichtige und notwendige Dienstmädchenbewegung allgemein nutzbar zu machen ist eine unabweisbare Pflicht der Genossinnen. Nicht nur die bereits bestehenden Vereine bedürfen des Austausches der Erfahrungen, mindestens so wichtig ist es, daß an der Konferenz die Genossinnen jener Orte teilnehmen, an denen demnächst die Agitation einsetzen soll. Dadurch erreichen wir, daß sie jene Fehler vermeiden können, die an den Orten unvermeidlich waren, wo die Genossinnen sich noch nicht auf gemachte Erfahrungen zu stützen vermochten, sondern die Arbeit auf einem vollständig neuen, unbekanntem Gebiet beginnen mußten.

Erfreulicherweise haben fast sämtliche Vereine ihre Delegation zu der Konferenz zugesagt, sowie eine ganze Anzahl von Orten, wo die Genossinnen in nächster Zeit die Agitationsarbeit anzupacken gedenken. Je stärker die Konferenz besucht wird, je mehr wird geleistet werden können, nicht nur im Interesse der Dienstmädchenbewegung, sondern im Interesse des gesamten proletarischen Befreiungskampfes. Werden doch aus unseren Dienstmädchen Arbeiterfrauen, die im Interesse der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterbewegung mit Verständnis und Opferfreudigkeit wirken werden, sofern sie als Mädchen bereits den Gedanken der Organisation erfasst und den Segen der Solidarität kennen lernten, die dagegen oft die schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung bleiben, wenn sie unvorsichtig, in einem uns feindlichen Milieu, unter dem Einfluß der Herrschenden ihre Mädchenjahre verbrachten. Den Rechtloseten und Gedrücktesten helfend beizustehen, die indifferente, hilflose Hausflavin in eine zielklare Klassenkämpferin zu verwandeln und damit der Arbeiterbewegung neue Hilfstruppen zuzuführen, das ist das Ziel der Dienstmädchenbewegung. Diese Bewegung zu fördern ist die Aufgabe der Frauenkonferenz. Glück auf zu ihrer Tagung!

Luisa Bieh.

Die Frauen und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Das Thema Selbstverwaltung und Gemeinde, das den preussischen Parteitag beschäftigt wird, ist nicht nur für die Männer, sondern auch für die Frauen von Bedeutung. Ihr Interesse an dieser Frage fällt zusammen mit dem Interesse, das sie überhaupt an kommunalen Angelegenheiten haben. Zwar besitzen die Frauen in Preußen wie überhaupt in Deutschland weder das aktive, noch das passive Gemeindevahlrecht, — denn das verfallene Wahlrecht von Grundbesitzerinnen in manchen Teilen des Reichs kann nicht ernsthaft als ein Recht des weiblichen Geschlechts angesprochen werden. Das kann und darf für sie jedoch, soweit sie sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen haben, kein Grund sein, achtlos an den Gegenständen vorbeizugehen, mit denen die Gemeindevertretungen sich zu befassen haben. Als Mütter haben die Frauen ein lebhaftes Interesse an der Gestaltung des Schulwesens; als Gattinnen kann es ihnen nicht gleichgültig sein, in welcher Weise die Gemeinden als Arbeitgeberinnen die Arbeiterverhältnisse im allgemeinen und speziell die der städtischen Arbeiter beeinflussen; die Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege, der Armen- und Waisenspflege, der Wohnungspflege, der Krankenfürsorge und tausend andere Fragen sind für die Frauen mindestens von derselben, wenn nicht von größerer Wichtigkeit als für die Männer. Einer Betätigung des weiblichen Geschlechts auf den meisten dieser Gebiete steht allerdings die reaktionäre Gesetzgebung hindernd im Wege.

Im Grunde genommen haben die preussischen Gemeinden überhaupt kein Selbstverwaltungsrecht. Durch eine Reihe von Gesetzen hat sich die Regierung die Möglichkeit vorbehalten, in die Gemeindeangelegenheiten hineinzureden. Die Steuerordnungen bedürfen ihrer Genehmigung, für gewisse Fälle steht ihr das Recht der Zwangsberufsetzung zu, die Mitglieder des Magistrats müssen von ihr bestätigt werden, und da, wo die Gesetze der Regierung keine Handhabe geben, sich in die Geschäfte der Gemeindevertretungen einzumischen, sucht sie längst vergessene Verordnungen aus der Zeit des Absolutismus hervor, oder sie erläßt auch neue Verordnungen, kraft deren sie sich selbst ihre Befugnisse erweitert. Es sei nur erinnert an die zahlreichen Verordnungen und Erlasse auf dem Gebiete des Volksschulwesens, an das Bestätigungsrecht der Mitglieder der Schuldeputation, das die preussische Regierung sich angemahnt hat, Erscheinungen, die deutlich beweisen, daß in Preußen vorläufig von einem Selbstverwaltungsrecht noch nicht die Rede ist, sondern daß es neben anderen Rechten auch dies Recht erst zu erringen gilt.

Wenn die Sozialdemokratie sich jetzt zum Kampf um die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems rüstet, so erstrebt sie natürlich nicht nur eine Erweiterung der Rechte der männlichen Proletarier, sondern sie verlangt gleichzeitig auch, daß den Frauen der ihnen gebührende Anteil an der Gesetzgebung und Verwaltung eingeräumt wird, sie fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Angehörige beider Geschlechter sowohl für den Landtag als auch für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen. Das allgemeine Wahlrecht aber ist nicht Selbstzweck, es ist Mittel zum Zweck, um die Gesetzgebung zu demokratisieren, um die Macht der Besitzenden zu brechen und die Herrschaft im Staat und den Gemeinden zu erobern.

Erst wenn das Dreiklassenwahlsystem durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Landtag ersetzt worden, ist die Bahn frei, um auch für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen dasselbe Wahlrecht einzuführen, und erst wenn die heute bestehenden plutokratischen Gemeindegeseze durch demokratische ersetzt sind, ist die Möglichkeit vorhanden, den Gemeinden ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht zu schaffen. Dann erst sind die Vorbedingungen erfüllt, daß die kommunalen Körperschaften ohne obrigkeitliche Bevormundung und nur an die landesgesetzlichen Vorschriften gebunden die ihnen obliegenden Aufgaben lösen können.

Ein Selbstverwaltungsrecht ohne allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht läßt nur der besitzenden Klasse zugute, die dann in noch höherem Maße als bisher nach Belieben schalten und walten und die Gemeindevertretungen zum Zummelplatz ihrer Sonderinteressen machen würde. Vergessen wir nicht, daß das liberale Bürgertum, wenn es heute vom Selbstverwaltungsrecht spricht, damit kein wirklich freies Selbstverwaltungsrecht meint, sondern nur ein Selbstverwaltungsrecht für die Besitzenden. Wäre es anders, dann müßte es unbedingt gleichzeitig mit dem Selbstverwaltungsrecht auch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Kommunalwahlrecht fordern. Der Unterschied zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist also der, daß die letztere für die Selbstverwaltung nur insoweit eintritt, wie sie selbst Vorteil davon hat, während das erstere befreit ist, die Gemeinden zu wirklichen Selbstverwaltungskörpern zu machen.

Der untergeordneten Stellung, die der Frau durch die Gesetzgebung zuerkannt ist, entspricht es, wenn sie selbst auf den Gebieten, die ihre eigentliche Domäne sind, ihre Kräfte nicht voll entfalten kann. Ihrem Wirkungskreise in der Gemeinde sind ungenügend enge Grenzen gezogen. Auf einem einzigen Zweige der kommunalen Sozialpolitik stehen ihr dieselben Rechte zu wie dem Manne: auf dem der öffentlichen Armenpflege. Das preussische Ausführungsgesetz zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz von 1871 überläßt es den Gemeindevertretungen, besondere Deputationen für die Verwaltung der Armenpflege einzusetzen und in diese Deputationen nicht nur stimmfähige Bürger, sondern auch „andere Ortsbewohner“ zu wählen. Aber mehr als eines Menschenalters hat es bedurft, bis eine Gemeindevertretung

sich dazu entschlossen hat, in leitende Stellungen Frauen zu delegieren, die doch zweifellos unter den Begriff „andere Ortsbewohner“ fallen. Im Jahre 1906 hat Frankfurt a. M. als erste preussische Stadt auch weibliche Personen zu vollberechtigten Mitgliedern des städtischen Waisen- und Armenamtes gemacht, und vor einigen Tagen ist Charlottenburg diesem Beispiel gefolgt, es hat das Stimmrecht endlich den drei Frauen verliehen, die bisher neben 18 Männern als Mitglieder ohne Stimmrecht in der Armenverwaltung saßen. Zwei — sage und schreibe zwei — preussische Städte also haben sich im Laufe von 26 Jahren zu einem so selbstverständlichen Schritt entschließen können! Als Armenpflegerinnen sind Frauen allerdings bereits seit längerer Zeit in verschiedenen Gemeinden tätig, aber bezeichnenderweise haben ihnen die Männer jede erdenkliche Schwierigkeit in den Weg gelegt, ja es fehlt sogar nicht an Beispielen, daß männliche Organe der Armenpflege offen erklärt haben, sie würden nur ungern mit Frauen zusammen arbeiten und im Falle der Zuwahl von Frauen ihre Ämter niederlegen. Das ist auch der Grund, warum zum Beispiel in Berlin, wo seit 1902 Frauen als Armenpflegerinnen gewählt werden können, von dieser Befugnis ein recht geringer Gebrauch gemacht ist, obwohl die von den Armenkommissionen erstatteten Berichte, mit einer einzigen Ausnahme, der Tätigkeit der Frauen in der öffentlichen Armenpflege uneingeschränktes Lob zollen.

Eine Erweiterung der Rechte der Frauen, allerdings in sehr bescheidenem Umfange, sieht das neue Volksschulunterrichtsgesetz vor, das am 1. April 1908 in Kraft tritt. Nach § 44 dieses Gesetzes kann nämlich in gewissen Fällen auch eine Frau Mitglied der Schuldeputation sein, aber nicht jede beliebige Frau, sondern nur eine Lehrerin, die an einer der Schuldeputation unterstellten Schule angestellt ist, und auch das nur unter gewissen Voraussetzungen.

Weitere Rechte besitzen die Frauen in den Gemeinden Preußens nicht. Selbst in den Deputationen für die Waisenspflege, deren Tätigkeit doch eng mit derjenigen der Armenverwaltungen zusammenhängt, können Frauen nur als Mitglieder zweiter Klasse sitzen, obwohl sie die gleichen Pflichten wie die Männer haben, und obwohl sie zu allseitiger Zufriedenheit die große Arbeit geleistet haben, die das Amt einer Waisenspflegerin mit sich bringt.

Alle unbefangenen und vorurteilslosen Beobachter sind darin einig, daß die Frauen überall da, wo sie bisher eine kommunalpolitische Tätigkeit entfaltet haben, ihre Pflicht genau so gut wie die Männer erfüllen und dem „stärkeren Geschlecht“ in keiner Beziehung nachstehen. In den weitesten Kreisen ist daher der Wunsch laut geworden, Frauen in stärkerem Maße zu den Arbeiten für die Gemeinde hinzuzuziehen. Die Gesetzgebung sieht dem aber hindernd im Wege, die Gesetzgebung, in der zwar von einem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden die Rede ist, die aber den Gemeinden in dem Augenblick Fesseln anlegt, wo sie von diesem Recht Gebrauch machen wollen. Und doch ist die Mitarbeit der Frauen gar nicht zu entbehren, wenn die Bestrebungen der Kommunen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, zur Bekämpfung der Tuberkulose, zur Schaffung von Wohnungsinstitutionen, zur Gründung und Beaufsichtigung von Säuglingsheimen und Wöchnerinnenasylen und dergleichen von Erfolg gekrönt sein sollen. Es wird keinen verständigen Menschen geben, der in Abrede stellen wollte, daß auf allen diesen Gebieten die Frauen weit mehr und Besseres leisten können als die Männer. Vor allem gilt das von den Proletarierinnen, die die Not und das Elend am eigenen Leibe kennen gelernt haben und auf Grund ihrer Erfahrungen mit geeigneteren Vorschlägen hervortreten können als die Damen aus den oberen Ständen. Diese sind häufig in Anschauungen befangen, in denen ihre Klassenlage und recht oft auch ihre Klasseninteressen zum Ausdruck kommen, und werden insbesondere vielfach einen gewissen Standesdünkel nicht los, kraft dessen sie sich als Wohltäterinnen der Armen fühlen, nicht aber als Menschen, die einfach ihren sozialen Pflichten, ihre Pflichten der Gesamtheit gegenüber erfüllen.

Die vorstehenden kurzen Ausführungen dürften genügen, um unseren Parteigenossinnen die Notwendigkeit vor Augen zu führen, aktiv in den Kampf einzugreifen, den das Klassenbewußte Proletariat für die Erweiterung seiner Rechte führt. Wie die Klassenbewußten Arbeiter niemals vergessen dürfen, daß sie für die Befreiung das gesamte Menschengeschlecht kämpfen, wie sie stets eingedenk sein müssen, daß sie auch für das Recht der Frauen einzutreten haben, so sollten auch die Frauen den Männern als Mitkämpferinnen zur Seite stehen und mit ihnen zusammen die Schranken niederreißen, die heute in rechtlicher Beziehung nicht nur zwischen den Männern der Besitzenden und der nicht besitzenden Klasse, sondern auch zwischen den Angehörigen der beiden Geschlechter aufgerichtet sind. Die Proletarierinnen erstreben nicht, wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, eine Erweiterung der Betätigungsmöglichkeit für die oberen Zehntausend, sondern sie führen gemeinsam mit den Männern den Kampf gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse überhaupt. Und wenn in dem Kampf um das Wahlrecht in Preußen auch gleichzeitig der Kampf um das Selbstverwaltungsrecht in den Gemeinden in den Vordergrund gerückt, wenn eindringlich darauf hingewiesen wird, daß erst nach Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den Landtag die Möglichkeit einer wirklich erspriesslichen Tätigkeit der Gemeinden auf sozialpolitischem Gebiet unter Heranziehung aller Kräfte ohne Unterschied der Klasse und des Geschlechts gewährleistet ist; so wird das für unsere Frauen ein Ansporn mehr sein, sich an diesem Kampfe zu beteiligen und damit nicht nur dem Proletariat, sondern der gesamten Menschheit einen Dienst zu erweisen.

P. H.

Schularztberichte.

Von Dr. Zabel.

III.

Für die Nebenklassen für Schwachbegabte in Berlin wurden 640 Kinder (nach Zuweisung durch die Lehrer?) untersucht, 553 von ihnen den Nebenklassen überwiesen, 80 in die Idiotenanstalt, 21 in Privatunterricht gebracht, 86 in der Volksschule belassen.

Der Prozentsatz von 1,8 Prozent Schwachbegabter in Berlin muß, verglichen mit den Zahlen anderer Städte, als verhältnismäßig niedrig betrachtet werden; der Magdeburger Bericht spricht von 93,2 Prozent Normalbegabten, 6,2 Prozent Zurückgebliebenen und 0,5 Prozent geistig Defekten, der Braunschweiger von 3,2 Prozent geistig Minderwertigen, Ziffern, welche die Berliner Prozentzahlen um das Mehrfache übersteigen.

Die den Nebenklassen respektive Hilfsschulen für Schwachbegabte überwiesenen bedürfen besonders der schulärztlichen Überwachung. In der Darmstädter Hilfsschule befanden sich 97 Kinder, deren Gesundheitszustand bei weitem schlechter war wie der der normal begabten Volksschüler, nämlich

	gut	mittel	schlecht
1903/04 bei . . .	18%	61%	21%
1904/05	20%	63%	17%
1905/06	23%	63%	14%

Die Hilfsschulen zeigen unter „gut“ nur etwa 1/3 soviel, unter „schlecht“ dagegen 4 bis 6mal so hohe Ziffern als die übrigen Darmstädter Volksschulen (siehe oben). Der Schularzt besucht infolgedessen dort monatlich einmal die Hilfsschule.

Auffällig ist, daß in Frankfurt a. M. die Aufnahme in die Hilfsschule erst nach mindestens zweijährigem fruchtlosen Besuch der Normalschule erfolgt; in Berlin und anderswo kommt man mit einer Beobachtungszeit von einigen Wochen oder Monaten aus, um über die schwache Begabung zu entscheiden, soweit nicht die ärztliche Untersuchung der Lernanfänger hierfür genügt. In Frankfurt a. M. dagegen kann es heute noch passieren, daß auch völlig bildungsunfähige Idioten jahrelang mitgeschleppt werden, wie das vor Einführung der schulärztlichen Musterung früher ganz allgemein, auch in Berlin, zu beklagen war, und daß andererseits bildungsfähige, aber zurückgebliebene Kinder zwei Jahre nutzlos verlieren, während sie in Sonderklassen ungleich besser versorgt und gefördert würden.

Von 387 mit Sprachstörungen behafteten Schulanfängern wurden 324 (nämlich 227 Knaben und nur 97 Mädchen) Stottererkursen überwiesen. Auch in Brunn und Nürnberg waren Sprachstörungen unter den Knaben doppelt so häufig als bei Mädchen, in Nürnberg etwas häufiger als in Berlin (1,8 Prozent gegenüber 1,4 Prozent). Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß die Stottererkurse häufig nur vorübergehenden Erfolg hatten, eine Erfahrung, die dreist verallgemeinert werden kann, da das Stottern zumeist auf neurophysiischer Basis beruht und es darauf ankommt, im Elternhaus wie in der Schule durch gleichmäßig ruhige und verständnisvolle Behandlung dieser nervösen Grundlage solch bedauernden Kindern Mut und Selbstvertrauen einzubringen — eine Behandlung, welche neben Sprechübungen durchaus nötig ist, um das in den Stottererkursen gewonnene Resultat festzuhalten.

Vielen Kindern, die diese und andere nervöse Störungen aufweisen, auch in ihren Schulleistungen zurückbleiben, weil sie keine freie Nasenatmung haben — infolge von Vergrößerung der Gaumenmandeln, von Wucherungen im Nasenrachenraum (als besonders häufig bei den Schwachbegabten der Magdeburger Hilfsklasse ermittelt), von Schwellung der Nasenmuskel und anderen Nasenerkrankungen — und deshalb nicht gut schlafen, mit offenem Munde atmen und nächtlich schnarchen und aufschrecken, kann auf operativem Wege geholfen werden. Den 928 = 2,4 Prozent der Schulanfänger mit solchen Leiden behafteten Berliner Kindern stehen in Aachen 329 = 2 Prozent, in Offenbach 402 = 12,2 Prozent, in Nürnberg 289 = 5,07 Prozent gegenüber.

Bei der Gehörsprüfung der Schulanfänger durch einen Spezialarzt zeigte sich in Magdeburg, daß von 284 Kindern 21,3 Prozent schlecht auf beiden Ohren, 19,3 Prozent gut auf einem Ohr und 50,1 Prozent gut auf beiden Ohren hörten. In Nürnberg stellten sich bei 381 = 6,7 Prozent der Lernanfänger Gehörstörungen heraus, nämlich 3,57 Prozent hörten unternormal auf einem Ohr und 3,16 Prozent auf beiden Ohren (im Vorjahr 4,2 bzw. 3,8 Prozent). In Braunschweig hörten gut 1294, mittel 53, schlecht 9, also nicht normal im ganzen 4,5 Prozent, in Offenbach wurde bei 119 = 3,6 Prozent Schwerhörigkeit festgestellt, in Mannheim bei 92 = 5,9 Prozent, in Bernburg bei 2,3 bis 4 Prozent bei den Anfängern der verschiedenen Schulen, in Darmstadt bis zu 2,92 und 3,12 Prozent, in Berlin bei 753 = 2,3 Prozent. Hiernach würden die Magdeburger Zahlen als exzeptionell schlecht zu bezeichnen sein.

Schlimmer noch steht es mit den Augen. In Magdeburg erwießen sich bei 1000 augenärztlichen Untersuchungen nur 8,8 Prozent durchaus normal, bei 73 Prozent bestanden Refraktionsanomalien (Veränderungen im Brechungsvermögen der Augen). In Nürnberg zeigten 2185 Kinder = 38,5 Prozent bereits beim Eintritt in die Schule Störungen der Refraktion, und zwar mehr Mädchen als Knaben. In gleicher Weise wurde in Darmstadt Kurzsichtigkeit häufiger bei den Mädchen der Mittelschule festgestellt, bei den Knaben 3,8 Prozent, bei den Mädchen

8,2 Prozent; als Hauptursache wird das häusliche Arbeiten im Dämmerlicht und bei unzureichendem Lampenlicht angegeben: es wird der Fortfall des Nachmittagsunterrichtes befürwortet und Turnspiele im Freien. In Offenbach zeigten 206 = 6 Prozent der Schulanfänger Fehler oder Erkrankungen der Augen, und es wird darüber gesagt, daß die Brillenverordnung nicht selten bei den Eltern auf Widerstand stößt, welche die Bedeutung von Augengläsern als Mittel zur Verhütung von weiterer Abnahme der Sehkraft nicht genügend würdigen. In Bernburg fand sich herabgesetztes Sehvermögen in den Volksschulen bei 13 bis 16 Prozent, in der Mädchenbürgerschule bei 20 Prozent. In Königsberg stellte der Bericht 1151 Fälle von Augenkrankheiten = 5,4 Prozent fest. Um eine Unterlage für die Verbesserungsvorschläge zu gewinnen, wurden die Lichtverhältnisse in den Schulzimmern gemessen und eine augenärztliche Poliklinik für schwierigere Untersuchungen und Behandlungen der Schulkinder gewonnen. In Braunschweig zeigten 1107 Schulanfänger ein gutes, 189 ein mittleres, 34 ein schlechtes Sehvermögen, im ganzen 16,4 Prozent ein unternormales; es wurde im Laufe der Schuljahre eine weitere Verschlechterung konstatiert, indem im dritten Schuljahr die entsprechenden Zahlen für gut, mittel, schlecht nur noch 1048 bzw. 268 und 71, im fünften Schuljahr 917 bzw. 290 und 107 betragen. In Mannheim wiesen bereits 329 = 21 Prozent der Lernanfänger Augenkrankheiten auf. Diesen Zahlen gegenüber sind die Berliner Ziffern (2,8 Prozent) als ungewöhnlich niedrig zu bezeichnen. Die Größe dieser Unterschiede (hier wie bei der Gehörsprüfung) läßt freilich auch die Deutung zu, daß sie durch Verschiedenheiten in der Untersuchung, beziehungsweise in dem Mangel an Spezialärzten dafür begründet ist.

Bemerkenswert sind die Angaben einzelner Berichte über Rückgratverkrümmungen, die neben der Kurzsichtigkeit am wenigsten beschränkte Schulkrankheit. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Rückgratverkrümmungen seitens der Magdeburger Schularzte geschenkt. Sie fanden sich überwiegend bei Mädchen.

In der	I. Klasse	unter 28 Mädchen	bei 11
		31 Knaben	= 2
	II.	30 Mädchen	= 8
		48 Knaben	= 1
	III.	46 Mädchen	= 6
		41 Knaben	= 3
	IV.	52 Mädchen	= 9
		40 Knaben	= 5
	V.	43 Mädchen	= 6
		56 Knaben	= 1
	VI.	47 Mädchen	= 4
		59 Knaben	= 1
	VII.	54 Mädchen	= 7
		51 Knaben	= 4

im ganzen bei 300 Mädchen 51 mal, bei 326 Knaben 17 mal. Der Prozentsatz steigt mit den oberen Klassen und erreicht bei den Mädchen der ersten Klasse die erschreckende Höhe von 39,3 Prozent, das heißt jede dritte Schülerin der obersten Klasse hatte eine seitliche Verkrümmung der Wirbelsäule. Die Ärzte verlangen orthopädische Behandlung und methodische Atemübungen beim Turn- und Gesangsunterricht. Wichtiger noch erscheint uns, um ähnliche Schäden in Zukunft zu vermeiden, die beständige Überwachung der Kinder beim Sitzen und Arbeiten seitens der Lehrer und Eltern, der Fortfall der Handarbeit und des Kindertragens bei den Mädchen, die Kräftigung der Rückenmuskeln durch Bewegungsspiele im Freien, wie sie die Knaben gewohnt sind. Daß nicht nur die Schule die Schuld an den Verkrümmungen des Skeletts trägt, sondern auch die verkehrte Lebensweise, besonders der Mädchen, beweist die große Zahl der bereits mit solchen Fehlern in die Schule Eintretenden. In Mannheim wiesen 3,2 Prozent der Lernanfänger, in Braunschweig ebensoviel (mit zunehmender Schulzeit stiegen die Ziffern von 48 im ersten auf 65 im dritten, 75 im fünften Schuljahr), in Nürnberg fast 5 Prozent, in Berlin 1,9 Prozent Verkrümmungen des Rückens auf. In Ratibor und Braunschweig wurden orthopädische Turnübungen mit diesen Kindern vorgenommen, in Berlin wurden den Eltern bestimmte Übungen angeraten, welche die Schulter- und Rückenmuskulatur kräftigen, „die Brust herausbringen“ sollen, außerdem Übungen an Ringen, das Erheben des Oberkörpers aus gestreckter horizontaler Rückenlage und insbesondere aus der Bauchlage, wobei die Hände an die Seite des Kopfes auf die Unterlage gestemmt oder im Nacken gefaltet werden. Die schwereren Fälle müssen zur täglichen methodischen Behandlung orthopädischen Instituten überwiesen werden.

In Brunn fielen wegen ihrer schlechten Körperhaltung 136 Kinder auf, nämlich 14 Knaben und 122 Mädchen, Rückgratverkrümmungen wurden konstatiert bei 151 Schülern, 51 Knaben und 100 Mädchen. Für die Behandlung dieser Kinder hat die Stadt vorgesorgt, indem sie den Kindern unbemittelten Eltern Freiplätze in einer orthopädischen Turnanstalt gibt. Freilich beht sich eine solche Behandlung, wenn man bleibende Erfolge erzielen will, auf längere Zeit aus, wodurch der Stadt nicht unbeträchtliche Kosten erwachsen, die jedoch im Hinblick auf die Resultate für die Zukunft solcher Kinder als gut angewendete bezeichnet werden müssen. In das orthopädische Turnen wurden nach Vorschlag der Schularzte auf Kosten der Gemeinde im Jahre 1903 4, 1904 8, 1905 23 Kinder aufgenommen. Von diesen 23 Kindern des Berichtsjahrs waren 21 Mädchen und 2 Knaben, von den 4 zwei Monate, 8 drei, 1 fünf, 3 sechs, 1 sieben, 1 zehn, 1 elf und 4 zwölf Monate behandelt wurden; 10 verblieben mit Jahreschluss noch weiter in Behandlung.

„Ein Knabe der 210. Gemeindeschule in Berlin hatte eine so stark deformierte Wirbelsäule (Buckel), daß er nicht auf den gewöhnlichen Bänken sitzen konnte, da der spitze Buckel beim Anlehnen an die Rückenlehne schmerzte. Es wurde für diesen Knaben ein besonderer Sitz beantragt und nach Genehmigung durch die Schuldeputation bei einem Tischler in Arbeit gegeben. Die Lehne ist so gearbeitet, daß sie für den Buckel einen Ausschnitt hat, der an den Rändern gepolstert ist. Der Knabe benutzte diesen Arbeitsplatz ohne Beschwerden seit etwa dreiviertel Jahren.“

Auf Veranlassung eines Schularztes unterwarfen sich von 9 Kindern, die mit angeborener Hüftgelenkverrenkung behaftet waren, 4 der Operation. Der Erfolg wird als glänzend bezeichnet, indem die Kinder sich nach der Operation ohne Hinken frei bewegen können. In diesen Fällen waren die Eltern für den Kaiserschlag zur Operation außerordentlich dankbar, da sie nicht geglaubt hatten, daß durch eine Operation den Kindern geholfen werden könnte.“

So sehen wir die Schularzte als die „natürlichen Anwälte der Armen“ (Birchow) bemüht, bei Fehlern und Gebrechen ihrer Schützlinge helfend einzuspringen und Verschlimmerungen derselben durch die Schule möglichst zu verhüten.

Aus den Anfängen der Frauenbewegung.

Von Anna Bloß.

„Und schau' ich mich um in der Gegenwart, sehe ich den Kampf neuer Lebenselemente mit alten Vorurteilen, sehe ich junge, neue Triebe und grünes, markiges Leben, wo sonst noch alles ohne Regung, ohne Kraftentäußerung war, — so glaube ich einigen Kalendermachern, die uns die Wendepunkte der Jahreszeiten bestimmen wollen, und sage mit ihnen: Wir haben Frühlingsansang, und kommt der Frühling nicht heute, so kommt er doch bald.“ — Diese Worte, als Vorrede eines im Jahre 1842 erschienenen Romans „Ludwig, der Kellner“ erregten sowohl wie der Roman selbst, der wohl als einer der ersten sozialen Romane in Deutschland gelten kann, allgemeines Aufsehen und zum Teil auch einen Sturm der Entrüstung. Man fragte sich, wer die Prophetin wäre, die das Zusammenbrechen alter Vorurteile voraussah, und das Aufstehen und die Entrüstung wuchsen, als man erfuhr, die Verfasserin des vielumstrittenen Romans, Luise Otto, wäre ein ganz junges Mädchen aus bürgerlichen Kreisen, die Tochter eines Gerichtsdirektors aus Meissen.

Schon einmal hatte Luise Otto die Aufmerksamkeit auf sich gezogen durch die Veröffentlichung des Gedichtes „Die Klöpplerinnen“. Auf einer Besuchsreise nach Oberan im sächsischen Erzgebirge hatte sie des Elend der armen Spinnklöpplerinnen kennen gelernt, das durch das herauskommende Maschinenzeltalter grenzenlos geworden war. Wie Gerhart Hauptmann ein Bild des Elends der schlesischen Weber aufrollt, so schildert Luise Otto die Lage ihrer armen Schwestern im sächsischen Erzgebirge in ergreifenden Worten:

„Seht ihr sie sitzen am Klöppelstein,
Die Wangen bleich und die Augen rot!
Sie wähen sich ab für einen Dissen,
Für einen Dissen schwarzes Brot.“

Ihr schweiget und praßet, wo sie verderben,
Genießt das Leben in Saus und Braus,
Indessen sie vor Hunger sterben,
Gott dankend, daß die Qual nun aus!

— — Seht ihr sie sitzen am Klöppelstein,
Und fühlt kein Erbarmen in solcher Zeit,
Dann werde euer Sterbelissen
Der Armut Fluch und all ihr Leid!“

Das tiefe soziale Mitgefühl, das aus diesen Strophen spricht, läßt uns erkennen, in welcher Weise Luise Otto für ihr Geschlecht eintrat. Um das Aufstehen zu begreifen, das ihre ersten literarischen Taten hervorriefen, muß man sich erinnern, daß Anfang der vierziger Jahre Deutschland noch weit tiefer als heute in Vorurteilen und Unfreiheit befangen war. Wohl waren schon einzelne Dichter und Denker auch in Deutschland mit ihrem Wort für die Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten auf den Plan getreten, daß aber nun eine Frau ihre Stimme erhob, und daß ihr Ruf der Freiheit ihres eigenen Geschlechtes galt: das war damals etwas Unerhörtes. Es gab noch keine Frauenbewegung irgend welcher Art, und es ist charakteristisch, daß die erste Frau, die die Teilnahme ihres Geschlechtes an dem Leben des Staates nicht nur als ihr Recht, sondern als ihre Pflicht reklamierte, dies in sozialistischem Sinne tat. Ihr ist es zu danken, daß der soziale Gedanke an der Wiege der Frauenbewegung stand, und wenn die Frauenbewegung auch später in ein anderes Fahrwasser geriet und geraten mußte, so waren doch die Ziele, die sie in den ersten Jahren ihrer Lebensäußerung verfolgte, vom sozialistischen Geiste erfüllt. In der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung soll deshalb der Name Luise Otto nicht vergessen werden.

Wie schon erwähnt, war Luise Otto die Tochter eines sächsischen Gerichtsdirektors aus Meissen. Ihr Vater war kein verknöchertes Jurist voller Vorurteile, sondern ein Mann voller Ideale und geistiger Interessen. Seiner Familie zum Trotz heiratete er keine wohlhabende Patrizierochter, sondern ein armes Mädchen, deren Vater ein geschätzter Maler der berühmten Meißener Porzellanmanufaktur war. Das schöne und geistreiche Mädchen brachte Freude und Sonnenschein in das Heim ihres Vaters und verstand es, ihren vier Töchtern eine fröhliche Jugend zu bereiten. Die Mutter sorgte auch dafür, daß ihren Kindern eine Bildung zuteil wurde, wie man sie damals selbst unter den Töchtern der besitzenden Klassen nicht häufig fand. Vor allem aber pflegte sie Poesie

* Vergl. Heft 14 der Arbeitergesundheitsbibliothek, über „Verkrümmung und Heilung des Stotterns“.

und Musik, und schon im zarten Kindesalter machte die am 28. März 1819 geborene Luise, auf dem Schoß der Mutter sitzend, die Bekanntschaft mit Schillers Werken. Der Gerichtsdirektor Otto brachte Frau und Kindern Zeitungen, was zu der Zeit, wo sich noch wenig Frauen mit Zeitungslektüre beschäftigten, etwas Außerordentliches war, und ließ die Seinen Anteil nehmen an allen Weltereignissen. Feiertag rief er eines Tages Frau und Töchter herbei, um ihnen mitzuteilen, daß die Geschlechtsbevormundung über die Frauen aufgehoben wäre. Bis dahin waren die Frauen in vermögensrechtlichen und anderen Angelegenheiten als Kinder behandelt worden. Der Tag, der ihnen größere Rechte brachte, wurde im Hause des vorurteilsfreien Juristen als Festtag begangen.

Schon mit siebzehn Jahren verlor Luise die Eltern, die ihrem Leben einen so reichen Inhalt gegeben hatten. Ihre Schwestern verheirateten sich, und sie blieb allein zurück unter der Obhut einer alten engberzigen Tante, der alle Schriftstellerei überflüssig schien und besonders die politische ein Greuel war. In jener Zeit bezeichnete sich Luise selbst als eine Menschenseele, die genährt war mit Schillerschem Pathos, den schwärmerischen Tränen der Romantiker und Jean Pauls, die in der zeitgenössischen Literatur der Juli- und Polenrevolution nachspähte, und die sich liebevoll und begeistert in Byron vertiefte. Aber ein Gegengewicht gegen diese von der Mutter entwickelte Begeisterungsfähigkeit bildete der ihr vom Vater überkommene Geist logischer Weltbetrachtung, der durch den schönen Schein immer zum Kern der Wirklichkeit hindurchdrang. Aus ihrem stillen Mädchenstübchen der Kleinstadt sah sie mit hellen Augen in die Welt, sann nach über Menschenrechte, über die Bestimmung des Weibes, über seine Stellung zum Mann und zur Gesellschaft, und als später die große Freiheitsbewegung einsetzte, fand sie Luise wohl vorbereitet, um mit vollem Bewußtsein die Teilnahme der Frauen zu verlangen. Damals entstand auch ihr Gedicht „Die Köpplerinnen“. Ihren Entschluß, als Dichterin nur ihren Idealen zu leben, führte sie vorerst nicht aus. Sie hatte in Dresden einen jungen Literaten, Gustav Müller, kennen gelernt und mit ihm einen schöngeistigen Briefwechsel begonnen, der nach einigen Monaten zur Verlobung führte. Luise Otto war eine glückliche Braut, die gleich ihren Zeitgenossinnen eigenhändig ihre Aussteuer nähte. Doch ihr Glück war nur von kurzer Dauer. Ihr Bräutigam erkrankte an Lungenschwindsucht, wochenlang pflegte sie ihn mit der höchsten Aufopferung, bis er Ende April 1841 in ihren Armen starb.

Um ihren Schmerz zu betäuben, machte sie Studien aller Art, und mit der ersten Beschäftigung erwachte der alte Wunsch in ihr, ganz der Dichtkunst zu leben. Da ihre Verse keinen Verleger fanden, befolgte sie den Rat des Buchhändlers Wienbrack und schrieb ihren ersten, schon erwähnten Roman „Ludwig, der Kellner“. Es folgten dann noch einige andere Romane, für deren Honorar sie ihre erste selbständige Reise unternahm. Diese Reise wurde von ihren Bekannten als abenteuerlicher Zug mit phylisterhaftem Kopfschütteln betrachtet. Sie selbst gibt in ihrem Buch „Frauenleben im Deutschen Reich“ eine anziehende Schilderung dieser Reise: „Freiwillig war es eine Seltenheit, daß Damen allein reisten, und nun vollends zum Bergnügen und vollends junge! Was jetzt ein Alltägliches, war damals ein Wagnis, es war ein Emanzipationsversuch beinahe der bedenklichsten Art. Es ging über Jena, Weimar, Erfurt, Gotha, Reinhardtstrun, Minden bis zur Porta Westphalica, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Leipzig. Dies war um 1845 eine große Reise von Meissen aus, denn in Leipzig endete die Eisenbahn, und in Hannover begann sie erst wieder. Ludwig Bechsteins „Thüringen“ im „Malerischen Deutschland“ war mein Vorbild.“

Nach dieser an Eindrücken reichen Reise machte Luise Otto in Leipzig die Bekanntschaft des Buchhändlers Ernst Keil, des späteren Begründers der Gartenlaube. Damals gab Keil ein sehr radikales Blatt, den „Leuchtturm“ heraus. Keil entdeckte in Luise Otto eine geborene Journalistin und ermutigte sie, ihm Artikel über Zeitfragen, Frauenrecht usw. zu schreiben. Doch hat er, der wahrlich kein Spießbürger war, das junge Mädchen, diese Artikel mit dem Pseudonym „Otto Stern“ zu zeichnen, da es noch „nicht üblich“ war, daß Frauen über Politik und dergleichen eine eigene Meinung hatten oder gar darüber schrieben.

Auch an den von Robert Blum herausgegebenen „Vaterlandsblättern“ war Luise eine eifrige Mitarbeiterin. Robert Blum hatte darin die Frage aufgeworfen: „Haben die Frauen ein Recht zur Teilnahme an den Interessen des Staates?“ Darauf kam die allgemein verblüffende Antwort, die mit Klarheit und Entschiedenheit begründet war: „Die Teilnahme der Frauen ist nicht allein ein Recht, sie ist eine Pflicht der Frauen.“ Unterschrieben war diese Antwort: „Ein sächsisches Mädchen“. Die Verfasserin war Luise Otto, die von da ab in enger Freundschaft mit Robert Blum verbunden war. In seinem im Jahr 1847 herausgegebenen Volkstaschenbuch „Vorwärts“ veröffentlichte sie einen vielbesprochenen Aufsatz „Die Teilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“. Sie forderte darin vor allem die Erziehung der Frau zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

Was an Sturm und Drang durch jene Zeit ging, das wirbelte in Luises beweglicher Seele auf. All ihre Entrüstung über die elenden sozialen Zustände kam zum Ausdruck in dem Roman „Schloß und Fabrik“. Die beleidigten Ohren der Staatsstücken suchten diesen Notschrei durch Konfiskation des Romanes zu ersticken. Wie groß war das Entsetzen des sächsischen Kultusministers, als „statt des pulvergeschwärtzten Blumenmannes, als den er sich den Verfasser vorgestellt hatte“, ein junges bescheidenes Mädchen erschien. Auf ihre Bitte gab er den Roman frei, doch mußten vorher die gefährlichsten Stellen ausgemerzt werden.

Populärer aber als durch ihre Artikel und Romane wurde Luise Otto durch ihre gleichzeitig veröffentlichten „Lieder eines deutschen Mädchens“, vor allem durch das flammende Gedicht „Und ich bin nichts als ein gefesselt Weib“, in dem sie den Freiheitskämpfern zurief:

„Arbeit und Brot, ihr werdet's nicht vergessen,
Das ist die Lösung dieser neuen Zeit!
Gebt dem sein Recht, der keines noch befehen.“

Und ihren Schwestern widmet sie die Verse:

„Ihr Glücklichen, ihr mögt in eurem Frieden
Den Satten weihu zum Kampf fürs Vaterland,
In euren Kindern streitet ihm erziehen.
Ich aber habe nichts ihm, nichts zu bieten,
Als meiner Lieder lähnen Freiheitsbrand,
Das einzige, was wir mein Gott verlieren.“

(Schluß folgt.)

Bürgerliche Frauentagungen.

II.

Die vierte Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine.

Die Tagung der fortschrittlichen Frauenvereine schloß sich jener des Verbandes für Frauenstimmrecht an. Die Wohnungsfrage und das Bevölkerungsproblem waren die beiden Hauptfragen, die neben geschäftlichen Angelegenheiten in den Sitzungen ihre Erledigung fanden.

Dr. Cahn, der über Kommunale Wohnungsreform, und Fräulein Lüders, die über Wohnungsinspektion durch Frauen ein referierte, erhoben zum Teil dieselben Forderungen, die wir seit Jahrzehnten vertreten. Zum anderen Teil zeigten ihre Thesen wie ihre Ausführungen, daß sie das behandelte Problem keineswegs voll erfaßt und in seinen Ursachen und Zusammenhängen erkannt hatten. So erwähnte Dr. Cahn der Grund- und Boden Spekulation nur nebenher und erklärte die hohen Wohnungsmieten als eine Folge der gesteigerten Preise für Baumaterialien und der gesteigerten Bauarbeiterlöhne. Bei dieser Auffassung konnte es nicht wundernehmen, daß er die Unterstützung der Gemeinde auch für privatkapitalistische Bautätigkeit forderte, wenn auch nur unter gewissen Bedingungen. Was wir als vorläufige Reformen anstreben, in der Erkenntnis, daß die Wohnungsfrage erst endgültig gelöst werden kann mit der Beseitigung des Kapitalismus, das ist den Bürgerlichen die Lösung der Frage selbst. Dabei übersehen sie vollständig, daß die auch von ihnen befürworteten Reformen für die Arbeiterklasse erst wirksam werden können, wenn diese volle politische und kommunale Rechte erhält, damit sie das Privileg der Grundbesitzer zu brechen und selbst ihr zukommenden Einfluß auf Gesetzgebung und Kommunalverwaltung auszuüben vermag. Von diesen Rechten, ihrer Zuerkennung sowie von der Gewährung und Erhaltung eines uneingeschränkten Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden war denn auch in dem Referat des Dr. Cahn keine Rede. Fräulein Lüders' Referat gipfelte in den Forderungen: eines Reichswohnungsgesetzes und einer Wohnungsinspektion für Stadt- und Landgemeinden. Mit Recht verlangte sie, daß nicht der Polizei, sondern vorgebildeten Beamten die Inspektion übertragen werde, die von ehrenamtlichen Wohnungspflegern und Wohnungskommissionen Unterstützung erhalten sollen. Zu allen Ämtern der Wohnungsinspektion, den besoldeten wie ehrenamtlichen, sind Männer und Frauen mit gleichen Rechten zuzulassen.

Fräulein Wischniewska, die über Hausgenossenschaften und Erziehungsheime referierte, schilderte die glänzenden Errungenschaften der Technik, soweit sie den Haushalt betreffen. Sie stellte es in ihrem Referat jedoch so dar, als ob überall und nicht bloß in den Häusern der oberen Zehntausend und in den erstklassigen Hotels alle diese Errungenschaften nutzbar gemacht wären. In verlockenden Farben malte sie die Vorteile des Einküchenhauses, in dem auch für die Speisebereitung alle Vorteile der Technik den Bewohnern zugute kommen. Die Frauenkräfte, die bisher verschüttet, vergraben unter der Asche uralter Kulturzustände ruhen, würden in der Folge freigelegt, um der Vertiefung und Verfeinerung der eigenen Persönlichkeit wie der des Familienlebens zu dienen. In packenden Worten schilderte die Referentin weiter die heutige Unterrichtsschule im Gegensatz zum Erziehungsheim, wie sie es befürwortete, und das in den meisten Punkten den Forderungen entspricht, die wir erheben. Nur sind wir nicht, wie Fräulein Wischniewska und mehrere Diskussionsredner, so Professor Staudinger, Dr. Bodenstein und andere Bodenreformer, der Meinung, daß es möglich sei, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft das wichtigste Spekulationsobjekt, den Grund und Boden, der Spekulation zu entziehen, im übrigen aber den Kapitalismus unangefastet zu lassen.

Genosin Fürth betonte mit Recht, das Prinzip des Einküchenhauses sei zwar sehr gut, aber für diejenigen Volksschichten, für die solche Einrichtungen am notwendigsten wären, seien sie undurchführbar, weil zu kostspielig. Nach einem physiologischen Budget, welches sie kürzlich bearbeitet hat, erfordert die tägliche kräftige Ernährung eines Menschen eine Ausgabe von 84 Pf. Für diesen Preis könne das Einküchenhaus die Beföstigung nicht liefern, und was schlimmer sei, so viel könnten die meisten Arbeiter pro Tag und Person nicht für ihre Ernährung aufwenden. Diese einsichtsvollen Ausführungen stießen auf lebhaften Gegenstand. Frau Lüth verwies auf ein kürzlich erschienenen dänisches Werk, nach welchem ein Mensch mit 34 Pf. pro Tag auskommen soll. Dr. Bornstein erklärte, für 50 Pf. pro Tag könne ein Mensch gut und kräftig ernährt werden. Fleischnot sei keine Ernährungsnot. Schellisch

und Hering seien ebenso nahrhaft und nahrhafter als Fleisch. Und das sagte ein Arzt, der doch wissen sollte, daß just schwer arbeitende Menschen nicht nur ein genügendes Quantum Nahrung brauchen, sondern auch schmackhafte, leicht verdauliche Speisen in möglichst großer Abwechslung. Den Rekord schlug aber Fräulein Friedenthal, die behauptete, den Arbeiterinnen im Arbeiterinnenheim ein gutes und nahrhaftes Mittagbrot für 20 bis 25 Pf. geliefert und noch daran verdient zu haben! (Fräulein Friedenthal ist die Vorsitzende des bürgerlichen Ausschusses für Arbeiterinneninteressen.) Fräulein Schreiber befürwortete das Einküchenhaus auch mit Rücksicht auf die Dienstabotenfrage. Die Versammlung stimmte Fräulein Wischniewskas Thesen zu.

Das Bevölkerungsproblem wurde in zwei Referaten behandelt. Es referierten Dr. Spann-Frankfurt über Bevölkerungszunahme und Kulturfortschritt und Dr. Potthoff-Düsseldorf über den wirtschaftlichen Wert des Menschenlebens. Beide gaben, jeder in seiner Art, eine glänzende Kritik des Kapitalismus, allerdings ohne sich dessen bewußt zu sein und ohne die Konsequenzen zu ziehen. Dr. Spann betonte richtig, daß die Zivilisation sich auf Kosten der wahren inneren Menschlichkeit entwickelt. Jedoch er erblickt die Ursache der Erscheinung keineswegs in dem Kapitalismus, der im arbeitenden Menschen nur den Besitzer von Händen, von Mehrwert schaffenden Händen sieht und ihn danach bewertet. Er findet vielmehr mit dem längst überwundenen Malthus zusammen die Ursache in der zu starken Bevölkerungszunahme und schlägt deshalb oft die unlogischsten Kurzelbäume. Alle Not und alle Glandserscheinungen, Hunger, Krankheit, Prostitution, Sterblichkeit, vor allem die Kindersterblichkeit, ja sogar die Kriege führte Dr. Spann in erster Linie auf die große Bevölkerungszunahme zurück. Eine theoretische Auffassung, die den Nutznießern der kapitalistischen Ordnung sehr bequem ist, denn ihre praktische Konsequenz stellt an die Stelle des bewußt geführten proletarischen Kampfes zur Überwindung des Kapitalismus die Beschränkung der Nachkommenschaft.

Dr. Potthoff wendete sich scharf gegen die Verwüstung von Menschenkraft und Gesundheit, die besonders dort am stärksten ist, wo die kapitalistischen Betriebe sehr rentabel sind. Er forderte, daß die wirtschaftliche Wertung des Menschen in der Wirtschaftspolitik und Volkswirtschaftslehre an die Spitze gestellt werde. Allein er wußte nicht oder wollte es nicht wissen, daß seine Forderung in einer Gesellschaftsordnung nicht verwirklicht werden kann, deren oberster Zweck die Produktion von Mehrwert ist. Die von ihm gehegte Bewertung des Menschenlebens ist ebenso wie die innere Menschenkultur, wie Spann sie forderte, erst möglich in einer sozialistischen Gesellschaft, die auf dem Prinzip der weitestgehenden menschlichen Solidarität beruht, und in der jedes als Glied der Allgemeinheit, aber auch als Persönlichkeit bewertet wird. Erst in einer solchen Gesellschaft steht die Produktion und die Entwicklung der Menschen höher als die Produktion des toten Besitzes. Alle Reformen, wie Potthoff sie fordert, sind diesem, der die kapitalistische Ordnung der Dinge natürlich nicht antauchen will, der Weisheit letzter Schluss, während wir sie als Palliativmittel, als vorbereitend für die soziale Revolution betrachten, die uns allein aus dem menschenverderbenden Kapitalismus herausführen kann. In der Begründung seiner Leitsätze bezeichnete der Referent im Gegensatz zu Dr. Spann eine dichte Bevölkerung als den größten Reichtum eines Landes. Diesen Nationalreichtum zu schätzen, sei die vornehmste Pflicht des Staates. Dr. Potthoff betonte, daß die Griechen die weitestgehende Konsequenz vom Werte des Menschenlebens für den Staat gezogen hätten, indem sie schwächliche und kranke Kinder aussetzten, ein Verfahren, gegen das man sich in unserem humanen Zeitalter sträube. Der Staat könne kein besseres Geschäft machen, als wenn er die Produktion und Erhaltung gefunder Menschen fördere. Mutter- und Säuglingschutz, Arbeiterschutz, Wohnungsgesetzgebung, Erziehungseinrichtungen usw. seien vorzügliche Kapitalanlagen.

In der Diskussion der Referate bekannten sich die Damen Augspurg und Wischniewska als Gegnerinnen von Malthus. Fräulein Schreiber belämpfte den Gedanken, daß man Geseze befürworten könne, wonach wie im Altertum Krüppel bei der Geburt getötet werden sollen. In jedem Krüppel wohne ein Menschengeist, der oft gerade im Gegensatz zum verkrüppelten Körper sehr entwicklungsfähig sei. Auch der Krüppel sei als Persönlichkeit sowie als Glied der Gesamtheit zu schätzen. Fräulein Heymann war im Gegensatz zu dieser Auffassung der Ansicht, daß wenigstens die geistigen Krüppel in ihrem eigenen Interesse sowie in dem der Gesamtheit bei der Geburt getötet werden sollten. Ihre Ansichten fanden jedoch keine Gegenliebe, und wir bezweifeln, daß sie sich der ganzen Konsequenzen ihrer Ausführungen bewußt gewesen ist. Die Debatte zeigte, wie wenig das Gros der Damen sich mit den angeführten Fragen beschäftigt hat. Die vorgelegten Thesen wurden denn auch nur zur Berücksichtigung empfohlen.

Der letzte Tag der Generalversammlung brachte neben der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten eine Sensation. Sie wurde durch den befürworteten Anschluß an den „Bund deutscher Frauenvereine“ veranlaßt. Frau Cauer erklärte, daß die Gründung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine nicht aus Opposition gegen die Bundesidee erfolgt sei, wohl aber gegen die gemäßigtere Richtung im Bunde. Der Verband habe bisher von außen her diese Organisation vorwärts getrieben. Wenn jetzt der Anschluß an den Bund erfolge, den sie zwar für richtig halte, könne sie diese neue Phase nicht mitmachen und trete deshalb für diesen Fall von ihrem Amt im Vorstand zurück. Stundenlang dauerte die zum Teil sehr erregte Debatte. Die Damen Heymann und Augspurg erklärten, vom Vorstand gleichfalls

zurücktreten zu wollen, falls der Anschluß an den Bund erfolge. Im Gegensatz zu ihnen gab Fräulein Lischnewska die Erklärung ab, sie werde zurücktreten, falls der Anschluß unterbleibe. Der Beitritt des Verbandes zu dem Bund wurde gegen 7 Stimmen beschlossen, worauf Frau Gauer, Fräulein Heymann und Dr. Augspurg offiziell ihren Rücktritt vom Vorstand erklärten. Jedoch die Affäre sollte in Frieden und Freundschaft enden. Einem Dringlichkeitsantrag von Fräulein Schreiber entsprechend wurde ein unabhängiges Agitationskomitee begründet, dessen ausschließliche Aufgabe die Agitation für die Ideen der fortschrittlichen Frauenbewegung sein soll. Die Leitung dieses Komitees wurde den drei Damen anvertraut, die aus dem Vorstand des Verbandes ausscheiden. Vorsitzende ist Frau Gauer. Die alten Führerinnen sind also nicht ämterlos und die „radikalen“ Frauenrechtlerinnen nicht führerlos geblieben. Die Kasse ist gerettet!

Im Anschluß an die Tagung konstituierte sich aus der bisherigen Zentralstelle für Arbeiterinneninteressen ein Verein, der den gleichen Namen führt. Derselbe hat nach den Statuten den Zweck, die bürgerlichen Kreise für die Arbeiterinnenfrage zu interessieren und über sie zu unterrichten. Zu diesem Zwecke soll auch eine eigene Zeitung geschaffen werden. Die Mitglieder der bisherigen Zentralstelle wurden in den Vorstand der neuen Organisation gewählt und ein Jahresbeitrag von 5 Mk. pro Mitglied festgesetzt. Natürlich will der Verein auch die Interessen der Arbeiterinnen wahren. Fräulein Friedenthal, die den Arbeiterinnen für 20 bis 25 Pf. ein gutes Mittagessen liefert und noch daran verdient, wurde die Vorsitzende der Organisation. Wertvoll ist das Eingeständnis der Dame, daß in den Reihen der fortschrittlichen Frauen das Interesse für die Arbeiterinnenfrage längst nicht so lebhaft sei, als das für Materien, welche für die bürgerlichen Frauen wichtig sind. Und ebenso interessant war die fast fluchtartige Entfernung von Fräulein Schirmacher und anderen Frauenrechtlerinnen, als es hieß, wer dem Verein für Arbeiterinneninteressen beitreten wolle, möge sich in die vordersten Reihen setzen.

Die Tagung der radikalen Damen hat wiederum die große, unüberbrückbare Kluft ertrotzen, die zwischen der proletarischen und bürgerlichen Frauenbewegung besteht. In den bürgerlichen Kreisen haben die Frauenrechtlerinnen eine historische Aufgabe zu erfüllen, möchten sie ihre Kraft darauf konzentrieren, ihr gerecht zu werden. Die Proletarierinnen haben für ihren Befreiungskampf von ihnen keine energische Förderung zu erwarten, sondern nur Hemmung. Wo die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen an das weibliche Proletariat herantreten, da zeigt sich als Gesolge ihres Wirkens Trübung des proletarischen Klassenbewußtseins, Unklarheit über den geschichtlichen Entwicklungsgang, Verwirrung und Spaltung.

Luisa Zich.

Von der sozialdemokratischen Frauenbewegung in Oesterreich.

Nicht nur in Wien, sondern auch in einem Teil der Provinz haben die österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in großen Versammlungen ihre Forderungen an das erste Parlament des gleichen Wahlrechts erhoben. Zu der Versammlung in Wien war der Andrang der Frauen so groß, daß viele in dem geräumigen Saal des Savoyhotel keinen Platz fanden; der „hrifliche“ Bürgermeister Lueger hatte es für gut befunden, seine Arbeiterfreundschaft dadurch zu bekunden, daß er den Genossinnen die große Volkshalle für ihre Demonstration verweigert hatte. Die Genossinnen Schlesinger, Popp und Boschel sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Schuhmeier und Dr. Adler begründeten die Forderungen der proletarischen Frauen unter stürmischem Beifall. Einstimmig gelangte die folgende Resolution zur Annahme:

„Die anhaltende Teuerung der Preise für Lebensmittel und aller anderen Bedarfsartikel ist geeignet, die Arbeiterschaft mit schwerster Besorgnis zu erfüllen, da die Teuerung unheilvoll auf die schon jetzt ungünstigen Ernährungsverhältnisse der Arbeiterfamilien einwirkt.“

Die Arbeiterfrauen sehen mit größter Empörung die Latentlosigkeit der Regierung und des Parlaments angesichts dieser ersten Notlage. Die arbeitenden und hauswirtschaftenden Frauen mißbilligen insbesondere die Haltung des Ackerbauministeriums, das sich als Schützer der agrarischen Verteuerer von Fleisch und Brot erweist. Diese Mißbilligung trifft die Wiener Gemeindeverwaltung, die sich ebenfalls als Beschützerin des Lebensmittelwuchers aller Art darstellt.

Da die Teuerung am schwersten den Frauen fühlbar wird, erklärt die Massenversammlung der arbeitenden Frauen, daß sie dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten das Vertrauen entgegenbringt, daß er mit aller Energie gegen die Teuerung kämpfen werde, und zwar vor allem durch den Kampf um Herabsetzung der Zölle und Steuern auf Lebensmittel und die Aufhebung des Vieheinfuhrverbots.

Als wirksamste Bekämpfung der Kindersterblichkeit fordern die Frauen baldigste gesetzliche Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeitszeit, ferner Arbeitsverbot für Schwangere mindestens zwei Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft und Ausdehnung des Arbeitsverbots für Wöchnerinnen auf mindestens sechs Wochen. In beiden Fällen ist der Verdienstentgang in voller Höhe zu entschädigen, was durch Zuwendung staatlicher Subventionen an die Kranken lassen durchführbar ist.

Die Frauen fordern weiter: Anstellung weiblicher

Gewerbeinspektoren in genügender Anzahl und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

Die Alters- und Invalidentät sowie Witwen- und Waisenvorsorge wird von den Frauen als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Parlaments angesehen.

Um selbst wirksam für die gesetzliche Durchführung dieser zum Schutze der Arbeiterschaft und insbesondere der Arbeiterinnen und ihrer Kinder notwendigen Forderungen eintreten zu können, fordern die arbeitenden Frauen die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die weiblichen Staatsangehörigen und politisches Vereinsrecht.“

Diese Forderungen der Frauen sind ja schon im sozialdemokratischen Programm enthalten. Wenn sie trotzdem noch in eigenen Versammlungen formuliert wurden, so geschah es, um sie dadurch stärker zu betonen, gleichsam zu unterstreichen. Je selbständiger und reifer die Frauen werden, um so mehr drängt es sie, das Material zur Begründung ihrer Forderungen selbst herbeizuschaffen und die Wege zu zeigen, auf welchen sie verwirklicht werden können. Bei aller Kampfesbruderschaft mit den Genossen müssen wir doch immer wieder eigene Aktionen entfalten, damit die breiten Massen der Frauen in den Kampf geführt und zur Selbständigkeit erzogen werden. Soviel man auch als treuer Mittkämpfer in einer großen Armee lernen kann, manches vermag man sich doch nur zu eigen zu machen, wenn man auf eigenen Füßen stehen muß.

War der imposante Verlauf der Wiener Frauenversammlung ein neuer Beweis für die Kraft unserer Bewegung im Mittelpunkt des Reiches, so waren die Erfolge, welche unser Vorgehen in der Provinz auslieferte, fast noch erfreulicher. Bis jetzt hatten die meisten Aktionen der Wiener Genossinnen kaum ein Echo in der Provinz gefunden. Leider verfügt unsere österreichische sozialdemokratische Frauenbewegung über wenig agitatorische Kräfte, und die meisten von ihnen sind in Wien. Soll nun eine Agitation größeren Stiles veranstaltet werden, kann die Provinz kaum Berücksichtigung finden, weil die Agitatorinnen alle von Wien kommen müssen und zu großen Reisen meist die Mittel fehlen. Unter diesem Stande der Dinge leidet die Bewegung in der Provinz, für welche die Presse fast die einzige agitatorische Anregung gibt.

Um diesem fühlbaren Mangel abzuwehren, geht das Frauenreichskomitee nun daran, in den einzelnen Kronländern im Einverständnis mit der Landesparteivertretung weibliche Zentralvertrauenspersonen zu nominieren, deren Pflicht es sein soll, in dem betreffenden Kronland die Agitation zu leiten. Die erste solche Zentralvertrauensperson ist die Schreiberin dieser Zeilen, welche für das Kronland Nähren ernannt worden ist. Es gelang, in Nähren eine Aktion gleich der in Wien in die Wege zu leiten. Es fanden schon in verschiedenen Orten Versammlungen statt, welche gut und sehr gut besucht waren und den Teilnehmerinnen viel neue Anregungen brachten. In der Provinz wurden seither immer nur zur Agitation Frauenversammlungen abgehalten, die meist den Organisationen neue Mitglieder zuführen sollten. Es war für die Arbeiterinnen etwas Neues und eine erste Tat, wenn sie in einer eigenen Resolution eigene Forderungen erhoben. Die innerliche Teilnahme war eine lebhaftere, das Interesse ein regeres als gewöhnlich. Alle Versammlungen werden den Teilnehmerinnen eine bleibende Erinnerung sein.

Hat die Institution der Landeszentralvertrauenspersonen bei jeder großen Aktion ihre Bedeutung, so ermöglicht sie auch eine intensivere Kleinarbeit. Je kleiner der Kreis der Betätigung ist, um so leichter ist das Einleben in ihn, um so früher ist das richtige Eingreifen möglich. Namentlich junge Organisationen, die noch viele Zweifel und manche Untugend überwinden müssen, finden leichter Beziehungen mit ihnen näherstehenden Personen. Die geschaffene Arbeitsteilung zwischen dem Reichskomitee und den Landesvertrauenspersonen bedeutet natürlich durchaus nicht Dezentralisation, im Gegenteil: sie soll wie bei den Männern straffere Organisation im Gefolge haben. Mit dem neuen Amte ist nichts als ein Zwischenglied geschaffen worden, das ein intensiveres Arbeiten ermöglichen soll. Das neue Organisationsstatut der österreichischen Partei macht es den Genossen zur Pflicht, überall, wo organisierte Frauen sind, eine weibliche Vertrauensperson zu wählen. Unsere mit Arbeit überhäuften Genossen versäumen oft, das zu tun. Das Frauenreichskomitee kann unmöglich alle Organisationen immer wieder an ihre Pflicht erinnern, weil diese Arbeit zu groß wäre. In dieser Beziehung nun kann die Landesvertrauensperson leichter das Nötige veranlassen, wie sie auch eher zu beurteilen imstande ist, wo eine weibliche Vertrauensperson gewählt werden und mit Nutzen tätig sein kann. Die neugewählten Vertrauenspersonen bedürfen wieder Rat und Hilfe, die ihr von der Landesvertrauensperson gewährt werden kann. Die österreichischen Genossinnen hoffen von der neuen Einrichtung eine Festigung ihrer Beziehungen über das ganze Reich, eine lebhaftere, erfolgreiche Agitation unter dem weiblichen Proletariat und eine Kräftigung und Ausdehnung ihrer Organisationen.

M. Schönberg.

Emmy Freundlich.

Bordelle und Mädchenhandel.

In letzter Zeit tagte in Düsseldorf die fünfte deutsche Nationalkonferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Es war eine der zahlreichen Veranstaltungen, auf denen gute Menschen und schlechte Musikanten an sozialen Krankheitserscheinungen herumdoctern. Alle Vereine zur Bekämpfung

der Unsitlichkeit, des Mädchenhandels, der Geschlechtskrankheiten, der Trunksucht und wie sie sonst heißen mögen, sie greifen ein einzelnes Symptom am kranken Gesellschaftskörper heraus und suchen es mit großer Wichtigkeit zu kurieren. Aber da ihre Mitglieder als Angehörige und Verfechter der heutigen Gesellschaftsordnung die tieferen Ursachen dieser Krankheitserscheinungen weder beseitigen wollen noch können, so befinden sie sich in der Rolle des Kurpfuschers, der ein Krebsgeschwür durch Pflaster heilen zu können vorgibt.

Die Düsseldorfer Konferenz war vor allem der Aufgabe gewidmet, den Zusammenhang zwischen Bordellen und Mädchenhandel nachzuweisen. Der Nachweis scheint im Grunde ziemlich überflüssig, denn dieser Zusammenhang ist bisher von allen einsichtigen Beurteilern der Prostitutionsfrage festgestellt und durch zahllose skandalöse Beispiele von den Londoner Enthüllungen der „Ball Mall Gazette“ aus den achtziger Jahren bis zum Wiener Prozeß Riehl erhärtet worden. Aber eine Reihe von Tatsachen, die der Referent Lizenziat Bohn berichtet, sind doch interessant und für den Zerfetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft charakteristisch genug, daß wir sie unseren Leserinnen nicht vorenthalten wollen.

Herr Lizenziat Bohn unterscheidet drei Formen der Prostitution. Zunächst die geheime Prostitution. Sie sei sehr viel verbreitet und habe mindestens den zehnfachen Umfang der polizeilich beaufsichtigten Prostitution. Die zweite Form sei die reglementierte, das heißt polizeilich beaufsichtigte Prostitution, die sich auf der Straße, in Kaffeehäusern und Nachtcafés frei bewegen könne. Die dritte Form sei die reglementierte, auf bestimmte Häuser und Straßen beschränkte Prostitution. Der Mädchenhandel werde besonders durch diese letzte Form, die staatlich konzessionierten Bordelle oder Bordellstraßen, befördert. Die Bordelle, obgleich sie vom strafrechtlichen wie vom ökonomischen Standpunkt gleich verwerflich seien, hätten sich doch schon tief im Volksleben eingewurzelt. Alle größeren Städte, besonders die großen Hafen-, Handels- und Fremdenstädte, weisen Bordelle auf; Hochburgen des Bordellwesens seien Köln, Hamburg, Frankfurt a. M., ferner Lübeck, Kiel, Bremen, Leipzig, Nürnberg und andere. Ein Bürgermeister, der in einer kleinen Stadt der Provinz Sachsen die Konzession zu dem dortigen Bordell erteilt habe, sei zugleich Mitglied der Provinzialsynode, und der Direktor einer Brauerei, die das Bordell einer anderen Stadt finanziell stütze, sei Mitglied des Gemeindefinanzrats. (1) Die allerchristlichsten Herren in der Stadtverwaltung von Bremen verteidigen und stützen das dortige Bordellsystem. Bremen besitzt eine ganze Bordellstraße. Wenn dort ein Mädchen in das Bordell aufgenommen zu werden wünscht, wendet es sich an das Stadamt, wird vorgemerkt und, wenn durch Krankheit oder Tod eine Stelle frei wird, benachrichtigt, daß es die Wohnung beziehen kann. (2) In Nürnberg umfaßt die Bordellanlage 18 Häuser, zum Teil Doppelhäuser mit 288 Fenstern Front. In Kiel sind gewöhnlich 100 Mädchen „tätig“. Während der Saison sind es mehr; die Saison ist — die Kieler Woche. Die Summen, die die Prostitution verschlingt, sind ungeheuer. Schon aus der „frei umherstreifenden“ Prostitution ziehen zahlreiche Schmarozkerexistenzen, Zuhälter, Zimmervermieterinnen usw., ihren Unterhalt. Die Ausbeutung der Bordellprostitution aber ist noch weit größer. Jede der Bewohnerinnen der Bremer Bordellstraße zum Beispiel muß täglich 15 Mk. Pension zahlen. Dabei machen die Bordellinhaber natürlich vorzügliche Geschäfte. In einer kleinen Stadt des Königreichs Sachsen sei ein Bordellhaus im Werte von höchstens 20 000 Mk. mit über 100 000 Mk. Hypothek belastet, in Schleswig-Holstein eines im Werte von 50 000 Mk. mit 150 000 Mk. Hypothek. Die Hypothekengläubiger sind meist Brauereien, Weinhandlungen, aber auch ehrbare Bürger der betreffenden Städte, die nach dem Worte „Geld riecht nicht“ von dem Sündenold reichen Gewinn einstreichen. Es sei keine Seltenheit, daß ein Bordellinhaber einen Reinverdienst von 100 000 Mk. jährlich habe. Bei solchen Profitten ist es selbstverständlich, daß die Bordellbesitzer kein Mittel scheuen, um ihrem Kundenreis durch Zuführung immer neuer „Ware“ Abwechslung zu bereiten und ihn so an sich zu fesseln. Alle polizeilichen Maßregeln gegen den Mädchenhandel vermögen nichts, da der Profit das Risiko weit übersteigt. Bis zu 1000 Dollar (4000 Mk.) bezahlten die Unternehmer gern, wenn nur die Ware „frisch“ und hübsch ist. Wenn ein Mädchen einmal in die Hände eines Bordellwirts geraten ist, so ist kein Entkommen mehr möglich. Die Mädchen werden von einem Bordell ins andere verschleppt. Die Einfallstore für den Mädchenhandel in Deutschland sind Sachsen und Bayern, die meisten Mädchen kommen aus Böhmen, Wien und Ungarn. Zuerst werden sie in den sächsischen Bordellen untergebracht, dann kommen sie in die Bordelle des Westens. Der Mädchenhandel steht also nicht nur in engstem Zusammenhang mit dem Bordellwesen, sondern er wird geradezu dadurch erst ermöglicht und großgezogen.

Im Anschluß an den Vortrag des Lizenziaten Bohn wurde der Antrag angenommen, die Minister des Innern der deutschen Bundesstaaten zu ersuchen, den Polizeiverwaltungen die Genehmigung zur Einführung der Kasernierung der Prostitution zu versagen und an die Justizminister der deutschen Bundesstaaten die Bitte zu richten, daß eine strengere Handhabung des Skuppeleiparagraphen in bezug auf die Bordelle eingeführt wird.

Wir sind selbstverständlich auch für eine Abschaffung der Bordelle, nicht nur, weil sie eine Quelle des Mädchenhandels sind, sondern auch, weil die Mädchen dort, völlig ihrer Freiheit beraubt, in schmachtvoller Sklaverei leben und ihnen eine Rückkehr zu ehrlichem Erwerb fast unmöglich gemacht wird; weil ferner in den Bordellen zu der geschlecht-

lichen Ausbeutung noch eine ungemessene ökonomische Ausbeutung sich gefüllt. Wir glauben nur nicht, daß hier durch Verbote und Gesetzesparagrafen viel zu erreichen sein wird. „Die Höhlen des Lasters und Elends kann die bürgerliche Gesellschaft entfernen,“ sagte Dieblsnecht, — das ist eine Geld- und Maurerfrage —; aber solange Laster und Elend bestehen, werden sie, aus einer Höhle vertrieben, sich sofort eine andere suchen und sie auch finden.“ Solange die heutige auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgebaute Gesellschaftsordnung besteht, so lange ist auch Laster und Elend unausrottbar.

Aus der Bewegung.

Eine planmäßige Agitation der Genossinnen für die Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und für ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht hat Genossin Baader in den letzten Wochen durch Zirkulare an die Vertrauenspersonen der Genossinnen in die Wege geleitet. Die Agitation für einen wirksamen gesetzlichen Arbeiterinnenschutz soll an den angeländigten Regierungsentwurf anknüpfen, der den Fabrikarbeiterinnen — nach allem was verkundet — nicht einmal den Zehnstundentag vollkommen sichern wird. Dem Arbeiterinnenschutz nach dem Herzen der Scharfmacher wird die vorbereitete Agitation die Forderungen entgegenstellen, welche der Parteitag zu Dresden dem Antrag der Genossinnen entsprechend als Grundlage des nötigen gesetzlichen Schutzes für alle Arbeiterinnen aufgestellt hat.

Die Agitation für das freiheitliche Reichsvereins- und Versammlungsgesetz wird die Antwort der Genossinnen auf den betreffenden Regierungsentwurf sein, welcher die unausschießbar gewordene Reform des Vereins- und Versammlungsrechts zugunsten des weiblichen Geschlechts mit bössartigen Verschlechterungen zugunsten der gesamten Arbeiterklasse ohne Unterschied des Geschlechts verquittet. Die Genossinnen werden diesem Wechselbalg von Auch-Reform den letzten Antrag für freies, gleiches Vereins- und Versammlungsrecht gegenüberstellen, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im deutschen Parlament eingebracht hat. Den Vertrauenspersonen ist es zur Pflicht gemacht worden, überall im Einvernehmen mit den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen Versammlungen vorzubereiten, in denen die proletarischen Frauen ihre Reformforderungen erheben. Wo das nicht angängig ist, sollen sie mit Eifer dafür wirken, daß Versammlungen, die die Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen zum Zwecke der Stellungnahme zum Zehnstundengesetz und Vereins- und Versammlungsrecht einberufen, seitens der Proletarierinnen in Masse besucht und zur Formulierung der Forderungen der Frauen ausgenutzt werden. Eine einheitliche Resolution wird die Forderungen der Genossinnen zum Ausdruck bringen. Die Vertrauenspersonen sind verpflichtet, Genossin Baader genauen Bericht über die Versammlungen mit Angabe der Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zugehen zu lassen. Eine Zusammenstellung der Zahl der auf diese Weise Demonstrierenden soll mit der Resolution zusammen dem Reichstag als Material eingereicht werden.

Anträge der Berliner Genossinnen zum zweiten preussischen Parteitag. Die Berliner Genossinnen beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung mit dem bevorstehenden preussischen Parteitag, auf dem sie durch die Genossinnen Baar, Peterkeit und Weyl vertreten sein werden. Zur Annahme gelangten folgende Anträge:

1. Bei den bevorstehenden Kämpfen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl- und Stimmrecht für den preussischen Landtag ist auch das Frauenwahl- und -stimmrecht zu fordern und mit allem Nachdruck in der Agitation zu vertreten. Die Genossinnen haben sich mit aller Kraftentfaltung an diesen Aktionen zu beteiligen.

2. Zu den Gemeindevertretungen ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe auch für die Frauen zu fordern. Die Genossinnen haben ferner in den Stadtverwaltungen schon jetzt mit allem Nachdruck für die Heranziehung der Frauen zu öffentlichen Ämtern einzutreten.

3. In den Gemeindevertretungen sind durch unsere Genossinnen unverzüglich Anträge zu stellen zur Errichtung von Krippen und Kindergärten durch die Gemeinde. Die Genossinnen werden aufgefordert, in eine rege Agitation hierfür einzutreten.

Die Versammlung beschäftigte sich noch mit der Außerordentlichen Frauenkonferenz und wählte Genossin Baar als Delegierte zu ihr.

Von der Agitation. In Ammendorf, Lettin, Kröllwitz und im Distrikt Bruckdorf-Dieslau-Ganena fanden im September Frauenversammlungen statt, in denen Genossin Bollmann-Halberstadt von den Verhandlungen des Internationalen sozialistischen Kongresses und der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart berichtete. In Ammendorf beteiligten sich die Genossinnen an der Diskussion und forderten die Proletarierinnen auf, fleißig an der politischen Bewegung teilzunehmen. In der Versammlung, die im Sportsplatz für den Distrikt Bruckdorf-Dieslau-Ganena stattfand, wurden 19 Abonnentinnen für die „Gleichheit“ gewonnen. Die Anwesenden versprachen, die proletarische Frauenbewegung nach Kräften zu fördern. In Lettin wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmerinnen die Mahnung mit auf den Weg gegeben, für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu sorgen, damit diese bei Differenzen mit den Arbeitgebern den männlichen Arbeitern nicht in den Rücken fallen. Die Versammlung in Kröllwitz war infolge des am Abend nieder-

gegangenen Unwetters sehr schwach besucht. Wir hoffen, daß die Teilnahme an den nächsten Versammlungen wieder besser ist.

Frau A. Sachs.

Ende September fand in Stettin eine öffentliche, leider nur mäßig besuchte Frauenversammlung statt, in welcher die Vertrauensperson, Genossin Horn, Rechenschaft über ihre Tätigkeit im letzten Jahre ablegte. Wir werden ihren Bericht in einer der nächsten Nummern veröffentlichen. Da Genossin Horn ihr Amt, das sie zwei Jahre verwaltet hat, niederlegte, wurde Genossin Steinmüller zu ihrer Nachfolgerin gewählt. Revisorinnen der Vertrauensperson sind die Genossinnen Höfs, Mantke und Horn. Nach einem Referat des Genossen Horn über die Bedeutung des preussischen Parteitags für die Frauen beschloßen die Genossinnen, eine Delegierte zu demselben zu entsenden, und übertragen des Mandat einstimmig der Genossin Höfs. Die Versammlung nahm außerdem die Ergänzungswahlen für die im vorigen Jahre eingesetzte Kinderschulkommission vor, aus der einige Mitglieder ausgeschieden waren. Der Kommission gehören nunmehr an die Genossinnen Höfs, Horn, Storch, Schauer, Steinmüller, Volterthum, Dauh, Mantke und Birgan. Genossin Horn bat die Anwesenden, auf die Innehaltung der Kinderschulbestimmungen ein wachsames Auge zu haben und alle bekannt werdenden Übertretungen den Mitgliedern der Kommission mitzuteilen.

B. H.

Eine sehr gut besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung tagte Ende Oktober in Glauchau. Genossin Gewehr-Eberfeld sprach über das Thema: „Die deutsche Textilarbeiterchaft im Kampfe ums Dasein und die Stellung der Frau in der Industrie“. Die Teilnehmer waren erfreulicherweise zum größten Teile Frauen und Mädchen, welche der temperamentvollen Rede der Referentin mit großer Aufmerksamkeit folgten. Genossin Gewehr schilderte die Kämpfe, die die Unterdrückten zu allen Zeiten gegen die herrschenden Klassen zu führen hatten, und zeigte, welche unheilvolle Wirkungen die anarchische Produktionsweise für das gesamte wirtschaftliche Leben hervorbringt. Der Vortrag lehrte die Zuhörer, daß politische und gewerkschaftliche Organisation einander in die Hände arbeiten müssen. Daher muß die Arbeiterklasse nicht bloß ihre gewerkschaftlichen Organisationen stärken, sondern auch dafür sorgen, daß Männer in den Reichstag gewählt werden, die gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen energisch Front machen.

K. T.

Aber das Thema: „Der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Frauen“ referierte Mitte Oktober Genossin Fahrenwald-Berlin in einer öffentlichen Versammlung zu Schweinfurt. Die Versammelten nahmen ihren Vortrag mit großem Beifall auf und faßten einstimmig eine Resolution, die dem bayerischen Landtag überwiesen werden soll. Die Resolution fordert, unter Berufung auf die Bedeutung, welche die Frau im Erwerbs- und Kulturleben des modernen Staates erlangt hat, daß den Frauen das aktive und passive Wahlrecht unter denselben Voraussetzungen wie den Männern gewährt werde und verlangt die Beseitigung aller Schranken, die das bayerische Vereins- und Versammlungsgesetz der politischen Betätigung der Frauen zieht. Nachdem sich noch eine Anzahl der Anwesenden bereit erklärt hatten, die „Gleichheit“ zu abonnieren, wurde die Versammlung geschlossen. Fr. W.

In einer öffentlichen Frauenversammlung zu München erstattete Genossin Lachenmeyer Mitte Oktober Bericht über den Essener Parteitag. In der Diskussion, die sich an ihre Ausführungen schloß, forderte Genossin Pallinger die Fabrikarbeiterinnen auf, am 1. Mai zu feiern. Auch die nicht gewerkschaftlich tätigen Proletarierinnen sollten sich mehr an der Maifeier beteiligen und die Männer nicht hindern, die Versammlungen zu besuchen. Genossin Mauerer gab darauf einen Überblick über das erste Jahr ihrer Tätigkeit als Vertrauensperson; ihr Bericht wird demnächst erscheinen. Sie schloß mit einem Appell an die Frauen, auch im kommenden Jahr unablässig für die Organisation tätig zu sein, denn es gelte, eine wirksame Agitation für das Frauenstimmrecht einzuleiten. Da Genossin Mauerer eine Wiederwahl als Vertrauensperson ablehnte, wurde einstimmig Genossin Lachenmeyer an ihrer Stelle gewählt. Emilie Mauerer.

Für die Zahlstelle Mägeln des Fabrikarbeiterverbandes fanden vom 5. bis zum 13. Oktober Agitationsversammlungen statt, und zwar in Mägeln, Sporbig, Weidenau, Bordsrjessen, Dohna-Köttewitz, Bod- und Leuben. Die Tagesordnung lautete: „Die positiven Leistungen der deutschen Gewerkschaften und ihre Kulturbestrebungen.“ Die Versammlungen waren gut besucht bis auf die in Leuben. Obwohl in den oben genannten Orten die Organisation gute Fortschritte gemacht hat, so können wir doch noch lange nicht sagen, jetzt ist alles getan, was zur Aufklärung und Organisierung der Massen werden muß. Nach den Klagen der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Versammlungen leiden sie auch hier noch unter niedrigen Löhnen, schlechter Behandlung und langer Arbeitszeit. Und trotz der letzteren werden noch ganze Hoden Heimarbeit mit nach Hause genommen. So zum Beispiel bei der Firma Söh in Mägeln. Noch tüchtige und fortdauernde Aufklärungsarbeit muß geleistet werden. Es soll an solcher nicht fehlen.

Marie Wackwitz.

Anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl fand am 18. Oktober in Braunschweig eine Volksversammlung statt, wie sie Braunschweig infolge des schandbaren Vereins- und Versammlungsgesetzes noch nie gesehen hat. Die Versammlung konnte ohne die hohe Polizei tagen, und es war ausnahmsweise den Frauen vergönnt, unbehindert daran teilzunehmen. Eine große Anzahl Frauen verlangten schon lange vor der angelegten Zeit Einlaß und besetzten den großen Saal des Hofjägers weit über die Hälfte. Genosse Dr. Jasper, der das Referat übernommen

hatte, verstand es in ausgereicherter Weise, den Anwesenden die hohe Bedeutung des Landtags für die Arbeiterschaft und vor allem auch für die Frauen zu zeigen. Der Leiter der Versammlung empfahl nach Schluß des Vortrags, eine Diskussion nur zuzulassen, wenn Frauen oder Gegner das Wort wünschten. Da letztere wie gewöhnlich mit ihren „Geisteswaffen“ sich nicht hervorwagten, machten die Frauen von ihrem Rechte Gebrauch. Die Genossinnen Raue, Ulrich und Rahde aus Braunschweig, sowie Genossin Vesse-Bremen, appellierten unter großem Beifall der Versammelten an den Opfermut der Frauen, die sie aufforderten, tatkräftig an der Landtagswahlkampagne mitzuarbeiten. Der Braunschweiger Staat ist trotzdem noch nicht in die Brüche gegangen.

A. B.

In Bayern haben die schon seit längerem geplanten öffentlichen Frauenversammlungen stattgefunden, auf die wir in Nr. 21 hingewiesen hatten. Die Versammlungen galten der Forderung des Frauenwahlrechtes und unbeschränkter Vereins- und Versammlungsfreiheit für das weibliche Geschlecht. In den unten aufgeführten Orten hielt Genossin Grünberg das Referat, in welchem sie besonders betonte, daß die Umwälzung des ganzen Wirtschaftslebens die politische Mündigkeitserklärung der Frau zur Notwendigkeit mache, und ausdrücklich darauf hinwies, daß die proletarische Frauenbewegung, im Gegensatz zu der bürgerlichen, die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise zum Ziele habe. Die Versammlungen in Nürnberg, Aschaffenburg, Bayreuth, Erlangen, Forchheim, Fürth, Schwabach, Lauf, Rösslau, Wunsiedel, Burgfarnbach und Roth am Sand waren durchgehends gut besucht. Die schon in Nr. 21 veröffentlichte Resolution fand allerorts einstimmige Annahme. H. G.

Über das Frauenwahlrecht sprach Genossin Zeitlin Anfang Oktober in einer glänzend besuchten Versammlung zu Stuttgart, welche der Bezirksverein Westens der sozialdemokratischen Partei einberufen hatte. Die Ausführungen der Referentin entsprachen der Resolution, welche die Internationale Frauenkonferenz beziehungsweise der Internationale sozialistische Kongress zu der Frage angenommen hat, sie setzten sich außerdem noch eingehend mit den Einwänden gegen volles staatsbürgerliche Recht des weiblichen Geschlechtes auseinander. Dem Referat folgte eine lebhaft diskutierte, in welcher zwei Mitglieder des Vereins für Frauenstimmrecht, die Damen Hoppe und Perls, mit wenig Erfolg bemüht waren, an der ausgesprochen bürgerlichen Haltung dieser Organisation eine Mohnschwäche vorzunehmen und sie den Proletarierinnen in empfehlende Erinnerung zu bringen.

In Augsburg und in München fanden dem Beschluß der Konferenz der bayerischen Vertrauenspersonen entsprechend öffentliche Frauenversammlungen statt, die ebenfalls der Forderung des Frauenwahlrechtes und freien Vereins- und Versammlungsrechtes beziehungsweise der Aufhebung des Artikels 15 des bayerischen Vereins- und Versammlungsrechtes galten. Beide sehr gut besuchte Versammlungen nahmen einen prächtigen Verlauf. Referentin war Genossin Zeitlin. In Augsburg folgte dem Vortrag eine Diskussion, in der außer Genossin Greifenberg noch einige Genossen eindringlich für die Forderungen der Frauen eintraten. In beiden Versammlungen gelangte einstimmig die bereits früher mitgeteilte Resolution zur Annahme.

Von den Organisationen. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein in Schönebeck hielt kürzlich seine Versammlung ab. Herr Prüfer hielt einen Vortrag über dramatische Kunst, der beifällig aufgenommen wurde. Ferner wurde auf die vom Schönebecker Gewerkschaftsblatt veranlaßten Volksvorstellungen aufmerksam gemacht. Der Verein gewann 4 Mitglieder, so daß er bis jetzt deren 65 zählt. Das ist für eine Stadt wie Schönebeck viel zu wenig und die tätigen Genossinnen werden daher eifrig bemüht sein, ihre Bildungsorganisation zu fördern.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen zu München feierte im vergangenen Monat sein zweites Stiftungsfest im Saale des Haderbräuellers. Saal und Galerien waren dicht besetzt. Von den Darbietungen des sehr reichhaltigen Programms fanden die Vorträge des Männergesangsvereins Cassalia besonderen Beifall, ebenso die Leistungen der roten Krieger.

E. M.

Am dem niederrheinischen Parteitag in Düsseldorf, der am 20. und 21. Oktober tagte, nahmen außer 117 männlichen fünf weibliche Delegierte teil. Dem Bericht des Agitationskomitees zufolge wurde von behördlicher Seite die Agitation unter den Proletarierinnen erschwert. Die allergrößte Beachtung der Behörden fanden die Frauenbildungsvereine. Das Konto für Strafen und Gerichtslosten, die über die Leiterinnen der Vereine verhängt wurden, ist sehr bedeutend. In einem Falle genügte als Grund zur Schließung des Vereins die Tatsache, daß die Männer der leitenden Vorstandsmitglieder Sozialdemokraten sind. Aber trotz der Schikanierungen hat sich die proletarische Frauenbewegung weiter ausgedehnt. Die Zahl der „Gleichheit“-Leserinnen ist von 2034 auf 4000 angewachsen. Auch die Opferwilligkeit der Genossinnen hat sich erhöht; in vielen Orten zahlen die Proletarierinnen freiwillige Parteibeiträge. An den Bestrebungen zur Schulung der Genossen und zur Organisierung der Jugend haben auch die Genossinnen regen Anteil genommen. In Solingen zählt der Verein jugendlicher Arbeiter 200 Mitglieder. In anderen Orten bestehen Bildungscommissionen. Aber die Grundzüge der Nationalökonomie wurde ein Lehrkursus von 16 Abenden abgehalten. Der Parteitag beauftragte das Agitationskomitee unter anderem, aufsehenerregende kriegsgerichtliche Urteile des Inlandes und nach Möglichkeit auch des Auslandes zu sammeln und nach Gelegenheit in größeren Zeitabschnitten

in der Form von Flugblättern oder kleinen Broschüren zur Agitation unter den proletarischen Mädchen und Müttern zu verwenden und beim Parteivorstand die Einleitung einer ähnlichen Agitation für das ganze Reich anzuregen. Der nächste niederrheinische Parteitag wird in Solingen stattfinden.

W. K.
Bayerische Frauenkonferenz. Am 20. Oktober fand in Nürnberg eine Besprechung der Vertrauenspersonen der Genossinnen statt, die recht gut besucht war. Die Konferenz war veranlaßt worden durch den Wunsch mehrerer Genossinnen, Fragen der Organisation und Agitation zu erörtern. An der Besprechung nahmen die Zentralvertrauensperson Genossin Baader und die Genossinnen Dorn und Simon als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im bayerischen Landtag teil. Ehe zur eigentlichen Beratung geschritten werden konnte, fand eine Aussprache statt über das eigenmächtige Vorgehen von Genossin Grünberg, die ohne vorherige Verständigung mit den in Betracht kommenden Instanzen Versammlungen für das Frauenstimmrecht und gegen Artikel 15 des bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetzes angekündigt hatte. Damit für die Zukunft ein einheitliches Vorgehen der Genossinnen gesichert wird und auch in den rückständigen Orten intensiver für die Aufklärung der Frauen und Mädchen gearbeitet werden kann, wurde beschlossen, eine Landesvertrauensperson zu wählen. Diese soll künftig die allgemeinen Aktionen der Genossinnen in Bayern planmäßig vorbereiten und leiten und die Agitation überall anregen und fördern. Als Landesvertrauensperson wurde auf Vorschlag von Genossin Grünberg Genossin Greifenberg-Augsburg gewählt. Des weiteren beschloß die Konferenz, von den freiwilligen Beiträgen der Genossinnen 20 Prozent an die Zentralvertrauensperson in Berlin und 20 Prozent an die Landesvertrauensperson abzuführen. Eingehend wurde über praktische Mittel und Wege zur Agitation und Organisation der proletarischen Frauen in Bayern diskutiert und verschiedene entsprechende Beschlüsse gefaßt. Was die Versammlungen anbelangt, das Frauenstimmrecht und Artikel 15 des bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetzes betreffend, so einigte man sich dahin, daß solche noch in den nächsten 14 Tagen veranstaltet werden sollen. Eine rege Debatte rief die bevorstehende außerordentliche Frauenkonferenz hervor. Genossin Grünberg verlangte, daß die provisorische Tagesordnung derselben zurückgezogen werden solle. Diesem Verlangen traten jedoch Genosse Simon-Nürnberg sowie mehrere Genossinnen energisch entgegen. Alle begrüßten die Konferenz als eine nützliche und nötige Maßregel und plädierten für eine starke Beschickung. Betont wurde auch, daß die bayerische Konferenz gar nicht kompetent sei, eine Änderung der Tagesordnung usw. zu fordern. Einen breiten Raum in den Auseinandersetzungen nahm auch das Verhalten der Genossin Grünberg ein, die zuerst ein Referat zugesagt, dann aber — nach der öffentlichen Belanntgabe — ihre Zusage wieder zurückgezogen hatte. Es wurde Genossin Grünberg nahegelegt, das Referat doch zu halten. Diese gab hierauf die Erklärung ab, mit der Generalkommission Rücksprache nehmen zu wollen und ihre Haltung nach deren Entscheidung zu richten. Auch Genossin Baader wurde ersucht, mit der Generalkommission noch Rücksprache zu nehmen. Da die Konferenz am 10. Todesstag des Genossen Grillenberger stattfand, legten die Delegierten an seinem Grabe einen Kranz mit der Inschrift nieder: „Die weiblichen Vertrauenspersonen Bayerns ihrem Vorkämpfer Karl Grillenberger.“ Die Konferenz hat unabweislich recht anregend auf die Teilnehmerinnen gewirkt und ein einheitlicheres Zusammenarbeiten wie eine intensivere Betätigung der Genossinnen angebahnt.

Politische Rundschau.

Den mannigfachen Skandalen, die in der jüngeren Vergangenheit und den fortschreitenden Verfaulungsprozessen der herrschenden Klassen enthüllt haben, hat sich in den letzten Tagen des Oktober einer angeschlossen, der seine Vorgänger an Skandal und Schmutz weit übertraf. Vier Tage hindurch haben sich Schmutzpluten im Moabitischen Kriminalpalast ergossen vor der Schöffengerichtsabteilung des Berliner Amtsgerichtes, der der Privatbeleidigungsprozess Moltke-Harden zur Privatbeleidigung vorlag. Umsonst wurden dicke patriotische Wehrauchlerzen von den Streitenden entzündet — der Ludergeruch der Affäre trat nur noch ausdringlicher hervor.

Was der Graf Kuno Moltke, Generalleutnant z. D., bis vor einigen Monaten noch Stadtkommandant von Berlin und Flügeladjutant des Kaisers, mit Herrn Harden auszumachen hat, dem Herausgeber der „Zukunft“, der Zeitschrift mit den pikanten Halbenachtungen, den übermäßig gewürzten, für blasierte Gaumen leder angemachten Indiscretionen aus Hof- und Diplomatenkreisen, das geht ernsthafteste Leute wenig an. Für die Öffentlichkeit sind die Begleiterscheinungen des Prozesses das Wesentliche. Er ist ihr wichtig als Scheinwerfer, der hineinleuchtet in den Moder der politischen Zustände des Reiches, in die unsauberen Winkel der „besten Gesellschaft“.

Manches wußten wir freilich längst. Daß im Deutschen Reich die Kamarillen sich um die Person des Staatsoberhauptes drängen und miteinander lämpfen um den Einfluß auf den Herrscher, daß der sogenannte „verantwortliche Leiter“ der deutschen Politik, der Reichskanzler, vielfach nichts als der Styrredakteur der Kamarillen sein muß, daß seine Politik nicht selten durchkreuzt wird von den Einflüssen unverantwortlicher Ratgeber des Monarchen: das alles war aus Hohenlohes Memoiren, aus Bismarcks Denkwürdigkeiten

aus den politischen Ereignissen der letzten Zeit zu ersehen. War doch die Reichstagsauflösung des Dezember als ein Schachzug Bälows wider die Kamarilla Eulenburger schon vor Monaten enthüllt worden. Der Feldzug „für des Reiches Ehre und Ansehen“, der Appell an die „nationale“ Leidenschaft des deutschen Bürgers war nichts als ein Mittel des verantwortlichen Staatsmannes, sich zu halten gegen die Unverantwortlichen. Aus der Verteilung der Macht zwischen Parlament und Krone ergibt sich zudem ohne weiteres die Tatsache, daß die Richtung der deutschen Reichspolitik zum vorwiegenden Teil nicht in den Ministerien und Reichsämtern, noch viel weniger aber im Reichstag bestimmt wird. In Deutschland herrscht der durch eine papierne Verfassung kaum verhüllte Absolutismus. Die notwendige Begleiterscheinung der Herrschaft einer einzelnen Person aber ist die Kamarilla, die den Willen des Herrschers zu beeinflussen und zu nützen sucht.

Darüber hat uns der Prozeß Moltke-Harden Neues kaum gesagt. Aber er hat uns eindringlich an diesen, einer mündigen Nation unerträglichen Zustand erinnert und zur Charakteristik der Herren des Reiches Erhebliches beigetragen. Wieder einmal ist den Stützen der Gesellschaft die ehrfame Hülle abgerissen worden, sind sie den immer noch Vielesvielen im Volke, die sie verückt als Halbgötter anzustarren pflegen, als morsch, faul und schmutzig gezeigt worden, als minderwertig an Verstand und entartet in Gefühl und Sinnen, als freche Verhöhnner der Ordnung und Sitte, die sie vor dem Volk als Idole auftrichten und als deren treue Bekenner und berufene Schützer sie sich vor der Öffentlichkeit ausgeben.

Die Männer der Liebenberger Tafelrunde, die im Mittelpunkt des Prozesses stand, die Eulenburger, Moltke und andere, waren der modernen Kultur so entfremdet, daß sie Gebildeten und Spiritismus pflegten, in Frömmel und Mystizismus sich versenkten. Es paßt zu solcher Geistesverrottung, daß diese Leute einen schwärmerischen Kult mit dem Monarchen trieben, ihm geflüstert soufflierten, daß er Gott allein verantwortlich sei und von ihm allein Weisungen zu empfangen habe. Was alles sie natürlich nicht abhielt, Scharfmacherpolitik gegen die Arbeiterbewegung warm zu empfehlen. Das Zusammenwirken des Fürsten Philipp Eulenburger mit seinen Freunden hat es dahin gebracht, daß es in kritischer Zeit zwei Richtungen in der deutschen Marokkopolitik gab, die des Kaisers und die des Kanzlers (eine Tatsache, die Frankreich nicht verborgen blieb), und daß in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum *zwei* mal die Entscheidung darüber auf des Messers Schneide stand, ob der Friede mit Frankreich erhalten blieb.

Aber die Liebenberger fielen nicht in Ungnade und wurden vom Hofe entfernt um ihres unheilvollen politischen Wirkens willen, nicht, weil ihre Politik die des Kanzlers durchkreuzte, auch nicht, weil sie albernem Hottuspotus trieben, der eine Verhöhnung von Vernunft und Wissenschaft ist. Sondern sie stürzten, weil in der „Zukunft“ ihren Schlafzimmerschleim nachgespürt, weil von ihnen behauptet wurde, sie seien Homosexuelle und unter ihnen seien solche, die ihre Veranlagung durch Geschlechtsverkehr mit Männern betätigt hätten! Nicht sachliche, persönliche Gründe waren entscheidend. Die Schlafzimmerschleimaffären einiger Junker hatten politische Wirkungen. Von der normalen oder nicht normalen geschlechtlichen Veranlagung einzelner Personen kann also unter Umständen die Politik des Deutschen Reiches abhängen!

Das ist die schärfste Kennzeichnung der Politik des deutschen Absolutismus, die denkbar ist. Krasser konnte die Rückständigkeit der politischen Zustände Deutschlands nicht wohl gezeigt werden.

Und dazu nun das Charakterbild der Höflinge, die die Drahtzieher der deutschen Politik sein durften. Nicht bloß intellektuell verkommen, auch moralisch angefressen und entartet! Der am wenigsten Anrühige von ihnen, der Kläger Graf v. Moltke, mißhandelt seine Frau mit Worten und Schlägen, empfiehlt ihr, sich in den Armen eines anderen zu trösten, beschimpft die Ehe als eine Schweinerei, die Ehe, deren Unversehrtheit die Junkerschaft angeblich gegen den Umsturz verteidigen muß! Und die deutsche „Edelmannsfrau“ empfindet das nicht als unerträglich und unwürdig, sondern ist bereit, um des äußeren Glanzes weiter an der Seite ihres Mannes auszuhalten, wahrscheinlich, weil ihr solches Los nicht ungewöhnlich erscheint! Wo das adeliche Offizierskorps in Reinkultur erhalten ist, grassiert die Päderastie und der Mißbrauch der Mannschaften zu den Lustzwecken der Vorgesetzten; größere Gemeinschaften vereinigen sich zu schamlosen Orgien in der Villa eines höheren Offiziers. Einerlei, ob die Homosexualität im einzelnen Falle eine angeborene Veranlagung oder eine erst im Leben erworbene, auf Übermaß im normalgeschlechtlichen Genuß oder auf die Einwirkung ungesunder Gefühlsrichtungen, eines mit Pervertsität erfüllten Milieus zurückzuführen ist, diese Orgien, dieser Vollzug der geheimsten Akte vor den Augen anderer ist ein sehr derbes, zweifelloses Zeichen sittlichen Verfalls, moralischer Fäulnis. Und die Männer, die sich der Beteiligung an solchen Akten und des Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig gemacht haben, deren Bestrafung auch der Befürworter der Abschaffung des § 175 fordern muß, der den homosexuellen Geschlechtsverkehr mit Strafe bedroht, laufen trotz des noch zu Recht bestehenden § 175 freierum, ja beziehen sogar noch auf Kosten der deutschen Steuerzahler Pension! Ein Beitrag zu dem großen Kapitel von der Gleichheit vor dem Gesetz!

Von einer Klasse aber, an deren Körper alle diese böartigen Geschwüre fressen, vom Junkertum soll sich das preußische Proletariat gedulbig regieren lassen! Ihm gleichberechtigt zu werden, soll es sich nicht unterfangen zu fordern!

Denn das Proletariat hat die Vormundschaft der Junker notwendig, es selbst ist zur Regierung des Staates nicht reif!

Die erbitternde Unwahrheit, die in diesen anmaßenden Behauptungen der Herrschenden steckt, hat der Prozeß Moltke-Harden an derbühnlichen Ausschnitten aus dem Leben der herrschenden Klasse ins helle Licht der Öffentlichkeit gezogen. Er hat an seinem Teile die Dringlichkeit gleichen Wahlrechts für Preußen erwiesen — Demokratie in Preußen ist die erste Vorbedingung der Gesundung auch im Reich, der Befreiung des deutschen Volkes von den Schäden der Höflings- und Kamarillenspolitik!

Je mehr sich indes die Notwendigkeit der preußischen Wahlrechtsreform herausstellt, um so zaghafter wird der deutsche Freisinn. Er bringt es nicht einmal fertig, den Vorschlag des aus Amerika zurückgekehrten Barth zu akzeptieren, wenigstens die sofortige Gewährung der geheimen Abstimmung zur Bedingung seines Verbleibens im Bloc zu machen.

Dem zweiten Kongreß der christlich-nationalen Arbeiter, der neuerlich in Berlin tagte — 90000 Arbeiter hat er angeblich vertreten, in Wirklichkeit sind es mindestens 200000 weniger —, haben der Staatssekretär des Innern, Bethmann-Hollweg, und der vielgewandte Kanzler Bülow, dem man eine Deputation sandte, einige möglichst wenig bindende unbestimmte Versprechen gemacht. Ihre vornehmste Aufgabe aber sahen die beiden Staatsmänner darin, den Kongreß der Bescheidenen zur Bescheidenheit zu mahnen und ihn gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Daß den Christlich-Nationalen das Warten nicht ganz leicht fällt — von den Forderungen ihres ersten Kongresses von 1903 ist trotz der damals reichlich abgegebenen Versprechungen der Regierung noch keine erfüllt —, verrieten einige Reden. Indes die Christlich-Nationalen sind in großen und ganzen noch die getreuen Knappen der bürgerlichen Parteien. Sie haben schließlich auf Grund leicht zu erratender Einflüsse auch darauf verzichtet, eine Resolution für das gleiche Landtagswahlrecht zu fassen, weil — der Kongreß dazu nicht der richtige Ort sei!

Bescheidenheit, Mäßigkeit und Zufriedenheit, Fleiß und Gottesfurcht haben die Regierungsvertreter dem Kongreß der Scharfmacher, der Delegiertenkongreß des Zentralverbandes deutscher Industrieller natürlich nicht zu predigen gewagt. Die Scharfmacher haben denn auch aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht, wie unsere Leserinnen in der gewerkschaftlichen Rundschau lesen. Der preußische Handelsminister Delbrück sicherte ihnen das Wohlwollen der Regierung zu und bat sie nur, im Interesse des guten Eindrucks nicht zu sagen, daß sie „Herren im Hause“, sondern daß sie die „ersten Kameraden ihrer Arbeiter“ sein wollten. Wie der Offizier der Kamerad des gemeinen Soldaten ist, der ihm bedingungslos Gehorsam auch außer Dienst schuldet! Das ist das Regierungsideal vom Arbeitsverhältnis!

In Rußland hat die Sozialdemokratie bei den Wahlen zur dritten Duma trotz weißen Schreckens und schamloser Wahlbeeinflussung durch die Bureaucratie zum Teil sehr erfreuliche Ergebnisse zu verzeichnen, sie beweisen, daß sie vor allem in der Arbeiterklasse festen Fuß gefaßt hat. Indes wird wegen des miserablen Wahlsystems, das der Staatsstreich schuf, die Zahl der Sozialdemokratie in der neuen Duma eine kleine sein. Der Jar wird eine gesägige Duma erhalten — die Mehrheit ist der Regierung sicher. Die Wahlergebnisse zeigen indes, daß ihre Stütze nur die Großgrundbesitzerklasse ist, die durch das Wahlsystem außerordentlich bevorrechtet wird. Sobald das Wahlergebnis vollständig vorliegt, wird es eingehender zu betrachten sein.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zwei Kongreßtagungen von wirtschaftlichen Verbänden, die den freien Gewerkschaften gegnerisch gefinnt sind, haben in den letzten Wochen das Interesse auf sich gelenkt.

Ende Oktober tagte in Berlin der sogenannte „Zweite deutsche Arbeiterkongreß“, dessen Vorgänger vor vier Jahren unter so „verheißungsvollen“ Anzeichen in Frankfurt a. M. getagt hatte. Das muß man den Führern der christlichen und nationalen Gewerkschaftsbewegung lassen: sie verstehen sich auf den Kummel! Bei dem äußeren Arrangement ihrer Tagung hat es an effektvollen Momenten nicht gefehlt. Beginn der Vorstellung: Ansprache des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann-Hollweg, dann Begrüßungsreden der von den meisten bürgerlichen Fraktionen des Reichstags zum Kongreß entsandten Vertreter, Guldigungstelegramm an den Kaiser, Geburtstagstelegramm an die Kaiserin, darauf telegraphische Rückantwort beider, die natürlich mit gebührender Begeisterung angenommen wurden. Schluß der Vorstellung: Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“, und zuletzt Audienz der Hauptakteure beim Reichskanzler. Zwischen beiden Glanznummern die eigentlichen Verhandlungen, die zum Teil gar nicht so sehr brav und ergeben waren. Die Resolutionen und Beschlüsse hatten sogar zuweilen einen herben Klang. So erklärte sich der Kongreß mit allem Nachdruck gegen die „gelben“ Gewerkschaften, die im Interesse der Unternehmer gebildet und von diesen abhängig seien. Diese Organisationen, so hieß es, könnten den Arbeitern an Stelle größerer wirtschaftlicher Vorteile nur Abhängigkeit, an Stelle einer Sicherung ihrer Rechte und staatsbürgerlichen Freiheiten höchstens Wohltaten bringen. Statt die Arbeiterschaft zum Standesbewußtsein, zur Selbständigkeit und Selbsthilfe zu erziehen, würden durch die gelben Gewerkschaften wehrlos und daher stets willfährige Hüfttruppen der Unternehmer geschaffen. Von allen Rednern

wurde über den gegenwärtigen Stillstand der Sozialpolitik gellagt, über die vielen harten Gerichtsurteile gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer, wie über völkische Schikanen. Ebenso mißbilligte man, daß das auf dem ersten Kongress gestellte Verlangen nach Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter noch nicht erfüllt worden sei. Man beschäftigte sich auch mit der Arbeiterinnenfrage, vor allem mit der Organisation der Heimarbeiterinnen. Fräulein Behm und ein Fräulein Graf, letztere aus der Münchener Gladbacher Schule, sprachen zu diesem Thema. Sie forderten Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbeinspektion, ihre Einbeziehung in die Arbeiterversicherung und die Schaffung eines Einigungs- oder Tarifamtes zur Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Zugunsten aller Industrie-arbeiterinnen verlangte man auf dem Kongress eine entsprechende Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes, ferner das Verbot der Frauenarbeit in gesundheitschädlichen Betrieben, erweiterten Schutz der verheirateten Frauen, Vermehrung der weiblichen Beamten in den Gewerbeinspektionen, Zulassung der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichts- wahlen usw.; kurz Reformen, für welche die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit langem schon kämpfen. Bezeichnend für den Geist der Tagung ist, daß man nicht die Aufhebung der mittelalterlichen Gesindeordnungen zu fordern wagte, sondern bescheiden nur einem „einheitlichen Gesinderecht“ das Wort redete, also einem Ausnahmestück für die Dienenden nach wie vor. Den christlichen Organisationen wurde nahegelegt, durch die Anstellung von Gewerkschaftsbeamtinnen die weibliche Eigenart der organisationsfähigen Arbeiterinnen mehr zu berücksichtigen. Das ist eine immerhin sehr beachtenswerte Forderung, deren Berechtigung von unseren freien Gewerkschaften leider noch viel zu wenig anerkannt wird. — Die erhobenen Forderungen in allen Ehren: doch sind wir so unerbittliche Realisten, nicht zu glauben, daß die Teilnehmer dieses Kongresses und ihre Mandatgeber bei aller Ergebenheit und Loyalität, trotz allerhöchster Depeschen und Kanzleraudienzen, auch nur den zehnten Teil von ihren Wünschen in absehbarer Zeit erfüllt sehen werden.

Dafür werden schon die Teilnehmer der zweiten Tagung sorgen. Delegierte des Zentralverbandes deutscher Industrieller hielten am 28. Oktober eine Sitzung ab und wurden auch von Herrn v. Bethmann-Hollweg feierlich begrüßt. Diesen Herren aber empfahl er nicht Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit, die er dem Arbeiterkongress wenige Tage zuvor so warm ans Herz gelegt hatte. Er hätte damit auch wenig Anklang gefunden. Diese versammelten Herren verstehen sich nicht bloß auf Wünsche, sondern auf Befehle, das muß man sagen. Zunächst forderte ein Dr. Wendland die Regierung auf, die Arbeiter mit direkten Staatssteuern stärker zu belasten. Von 37 Millionen Menschen in Preußen zahlten nur 4,6 Millionen Steuern. Infolge der „hochherzigen Bestimmung Kaiser Wilhelm I.“, die Einkommen unter 900 Mk. freizulassen, so meinte der Herr, zahle der Fabrikarbeiter eigentlich überhaupt keine Steuern — ein interessantes Zugeständnis! Die meisten Fabrikarbeiter haben also ein Einkommen unter 900 Mk.! Zum Danke dafür besteuern die Arbeiter sich selbst mit hohen Gewerkschafts- und Parteibeiträgen, deren Ansammlung zu 41 Millionen Mark in den Gewerkschaftskassen den Scharfmachern ein besonderer Dorn im Auge ist. Ein weiteres Reserat forderte sehr eindringlich eine Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Daß sich die Herren gegen das „Automobiltempo“ der Sozialreform wandten, ist selbstverständlich. Keine gesetzliche Regelung der Hausindustrie, höchstens in einzelnen Zweigen „unter sorgfältiger Abwägung der Bedingungen“! Keine Verkürzung der Arbeitszeit, weder für Jugendliche noch für Frauen! Keine Erweiterung des Koalitionsrechtes! Dafür aber die Forderung, daß die „Freiheit der Arbeit“ (das heißt der Arbeitswilligen) „wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist“, geschützt werde, und daß die Regierung „allen Bestrebungen, die autoritative Stellung des Unternehmers und Arbeitgebers in seinem Betriebe anzutasten, entschieden entgegengetrete“.

Der Tabakarbeiterverband hielt seine Generalversammlung in Viesefeld ab. Im Geschäftsbericht wurde hervorgehoben, daß der Verband noch nie so viele Kohnkämpfe durchzuführen gehabt hätte, als in den letzten Jahren. Der Referent legte aber entschieden dagegen Verwahrung ein, daß der Vorstand zu diesen Kohnkämpfen getrieben habe. Die fündhafte Verteuerung der Lebensmittel und die niedrigen Löhne hätten die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zu Lohnforderungen gedrängt. Immerhin seien die positiven Erfolge an Mehrlohn mit 1½ bis 2 Millionen Mark pro Jahr zu veranschlagen. Die Erörterung der Taktik bei Lohnbewegungen brachte eine längere Debatte über die Einführung eines einheitlichen Minimallohnes und einer Kontrollmarke; alle darauf bezüglichen Anträge wurden dem Vorstand überwiesen. Nach einem Referat des Redakteurs Geyer über den Heimarbeitererschutz in der deutschen Tabakindustrie wurde eine Resolution angenommen, in der das gänzliche Verbot der Hausarbeit in der Tabakindustrie vom Gesetzgeber verlangt wurde. — Um den Verband finanziell zu kräftigen, wurde der Beitrag um 5 Pf. erhöht; die Krankenunterstützung soll erst vom vierten Tage ab gewährt werden.

Im Berliner Löpfergewerbe ist es zu einer Einigung gekommen, die Unternehmer mußten von der projektieren Verschlechterung des Lohns zurücktreten. #

Den Boykott über die Warenhäuser der Firma Zandorf in Berlin hat die Berliner Arbeiterschaft verhängt. Die Ursache zu diesem Vorgehen war folgende: Am 1. Oktober d. J. lief der Tarif ab, den die Firma mit dem

Verein der Berliner Hausdiener, einer Sektion des Transportarbeiterverbandes, abgeschlossen hatte. Der Transportarbeiterverband legte den Inhabern nun einen neuen Tarif vor, der in allen Waren- und Kaufhäusern zur Durchführung gelangen soll. Diesen Tarif nahm die Firma aber nicht an, sondern setzte ihm einen eigenen Tarifentwurf entgegen, der neben geringen Zugeständnissen auch folgenden unannehmbaren Passus enthält: „Diener, welche ihre Tätigkeit ohne vorausgegangene Kündigung und ohne gesetzlichen Grund plötzlich einstellen, sind zur Zahlung einer sofort fälligen Konventionalstrafe von 101 Mk. verpflichtet, für welchen Betrag die Organisation für ihre betreffenden Mitglieder solidarisch haftbar ist.“ Es ist selbstverständlich, daß die Organisation auf eine derartige Bedingung nicht eingehen konnte. Darauf versuchte die Firma diesen Vertrag ihren Arbeitern einzeln aufzuzwingen, und als die große Mehrzahl der Hausdiener die Unterschrift verweigerte, wurden sie, 164 an der Zahl, auf der Stelle entlassen. Der Transportarbeiterverband antwortete auf diese Brutalität mit der Erklärung des Streiks aller bei der Firma beschäftigten Arbeiter, denen sich auch die Chauffeure angeschlossen. In den folgenden Wochen gelang es der Firma Zandorf, vor allem aus den Reihen entlassener Reservisten Arbeitswillige heranzuziehen, nachdem schon vorher die angeestellten Handlungsgehilfen sich zu Streifbrecherdiensten erniedrigt hatten, und so erklärte die Firma den Fall als „erledigt“. Die Berliner Arbeiterschaft war jedoch nicht damit einverstanden, daß ein Geschäft, das seine Riesenprofite zum großen Teil aus dem Konsum der „kleinen Leute“ zieht, 164 Familienväter ungestraft auf die Straße setzen durfte. An einem Extrahabend stimmten die politisch organisierten Arbeiter von Groß-Berlin über einen eventuellen Boykott der Firma Zandorf ab, und von den circa 40000 Parteigenossen, die sich an der Abstimmung beteiligten, stimmten nur 112 gegen die Maßregel, während 102 sich der Stimme enthielten. Es ist dies ein schöner Beweis dafür, wie ernst die Sozialdemokratie ihre Solidarität den Gewerkschaften gegenüber aufsaßt und wie energisch sie sie betätigt. Besonders die Berliner Genossinnen sind eifrig an der Arbeit, das Publikum durch Verteilung von Flugblättern und durch mündliche Aufklärung auf die Sachlage aufmerksam zu machen. Sie schreden dabei auch nicht vor den Verfolgungen der Polizei zurück, die wie immer, wenn es Geldsachinteressen zu verteidigen gilt, sehr schneidig vorgeht und mehrere Genossinnen beim Flugblattverteilen verhaftete. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Firma Zandorf die Macht, die die Arbeiter als Konsumenten auszuüben vermögen, schon sehr peinlich zu empfinden beginnt.

Boykott der Kohlenbergleute in der Niederlausitz. In dem Kampfe, den die Kohlenbergleute von Senftenberg mehr als vier Wochen geführt haben, hat sich das Unternehmertum der schloßelsten Mittel bedient, um Arbeiter aus anderen Ländern heranzuziehen. In Belfort (Frankreich) zum Beispiel hatte man den Arbeitern einen Lohn von 40 Mk. pro Woche in Aussicht gestellt, ihnen aber verschwiegen, zu welchem niedrigen Dienste sie angeworben werden sollten. Überall trieben sich Agenten herum, um Arbeitswillige unter hohen Versprechungen nach dem Senftenberger Kohlenrevier anzuwerben. Die Ausgesperrten haben von Anfang an Besonnenheit und musterhafte Haltung gezeigt. Wenn es schließlich doch zu Ergüssen gekommen ist, so ist dies allein auf Konto der Arbeitswilligen zu schreiben, die sich größtenteils aus hergelassenem Gefindel rekrutierten, sowie auf Konto der Direktionen, die ihre Versprechungen gegenüber den aus der Ferne Herbeigelockten nicht eingehalten haben.

Das Denunziantenwesen trieb während des Kampfes die herrlichsten Blüten. Eine Genossin fuhr von Station Senftenberg I nach Station Senftenberg II in einem Abteil vierter Klasse und unterhielt sich mit den Mitreisenden. Ein aus der Provinz Brandenburg kommender Arbeiter, den man unter glänzenden Versprechungen nach Senftenberg gelockt hatte, war Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes. Da zufällig jene Genossin ebenfalls Mitglied dieses Verbandes war, so zeigte der Arbeiter ihr sein Verbandsbuch. Ein in Zivilkleidung anwesender Landbriefträger aus Senftenberg II — Schneider ist sein Name — hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Genossin dem Gendarmen auf der Station zu denunzieren: sie habe Arbeitswillige von der Arbeit abgehalten. Tatsächlich wurde auch Name und Wohnort der Frau notiert.

Die Frauen der ausgesperrten Arbeiter beteiligten sich rege im Kampfe und lösten häufig ihre Männer beim Postenstehen ab. Mancher Arbeitswilligen transport ist dadurch zur Kenntnis der Ausgesperrten gekommen, und mancher Arbeitswillige eines Besseren belehrt worden. So konnten die Arbeitswilligen den Ausgesperrten nicht wirklich gefährlich werden. Aber eine furchtbare Waffe hatten die Verkleidungen in der Hand: eine große Anzahl von Arbeiterwohnungen. Und sie scheuten sich nicht, von dieser Waffe Gebrauch zu machen und gegen die Streikenden auf sofortige Räumung der Wohnungen zu klagen. Der eigentliche Zweck dieser und ähnlicher „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen“ wurde damit wieder einmal aufs deutlichste nachgewiesen. 40 Familien sollten am 15. Oktober aus ihrem Heim gewiesen und auf die Straße gesetzt werden. Es bestand bei der herrschenden Wohnungsnot keine Aussicht, auch nur für einen größeren Teil der Leute Unterkunft zu gewinnen. Dagegen herrschte kein Zweifel darüber, daß ein Gewaltakt, wie die Obdachlosmachung so vieler armer Familien, die herrschende Empörung aufs äußerste ansachen und die Verzweifelten zu verhängnisvollen Handlungen treiben würde. Am das Äußerste zu verhängen, sah sich die Streikleitung gezwungen, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu raten, obwohl die Verkleidungen nur ganz minimale Zugeständnisse gemacht haben. Die Hauptforde-

rungen, die Einführung der Neunstundenschicht und eines Minimallohnes, sind abgelehnt worden. — Wenn der Streik so auch nicht zum Siege geführt hat, eines hat er jedenfalls bewirkt: auch in der schwarzen Niederlausitz sind die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Klassenbewußtsein erwacht und haben gelernt, wo allein sie Hilfe in ihrer Not finden können. Und so ist zu hoffen, daß die diesmalige Niederlage der Ausgangspunkt späterer Siege werde. B. Lungwisch.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Seit Jahren kämpfen die Handelsangestellten zwecks Verkürzung der überlangen täglichen Arbeitszeit um die allgemeine Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. An eine Erreichung dieses Zieles durch die gewerkschaftliche Aktion ist in Anbetracht der Organisationsverhältnisse unter den Handelsangestellten zurzeit nicht zu denken, der Achtuhr-Ladenschluß kann gegenwärtig nur durch eine Maßnahme der Gesetzgebung erreicht werden. Nach der Gewerbeordnung kann zwar der Achtuhr-Ladenschluß auf Antrag der Geschäftsinhaber durch Ortsgesetz eingeführt werden, was dank der unausgesetzten Bemühungen der Angestellten verschiedentlich auch geschehen ist, aber in den meisten Orten leistet das kurzfristige und egoistische Unternehmertum energischen Widerstand. Die Angestellten fordern daher den reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß. Auch hiergegen wehren sich die Unternehmer, und zwar berufen sie sich darauf, daß mit Rücksicht auf die konsumierende Arbeiterschaft der Achtuhr-Ladenschluß nicht eingeführt werden könne. Dasselbe behaupten sie von der Sonntagsruhe. Die Arbeiterschaft kann aber nicht ruhig zusehen, wie das heuchlerische Unternehmertum, das sonst nicht nach den Interessen der Arbeiter fragt, eine Kategorie der arbeitenden Bevölkerung gegen die andere ausspielt.

Die unterzeichnete Kommission erklärt daher, daß sie den Forderungen der Handelsangestellten durchaus sympathisch gegenübersteht. Sie erwartet, daß die Wünsche der Angestellten und speziell ihre Forderungen nach dem reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß und der Sonntagsruhe bei der Gesetzgebung endlich die gebührende Berücksichtigung finden.

An die Arbeiterschaft richten wir das Ersuchen, die Handelsangestellten in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß jeder Einkauf nach 8 Uhr abends unterlassen wird und auch die Sonntags Einkäufe vermieden werden. In den Konsumvereinen möge jeder Arbeiter und jede Arbeiterin auf die Durchführung des Achtuhr-Ladenschlusses und der Sonntagsruhe hinwirken — soweit diese Forderungen nicht bereits erfüllt sind — und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute bevorzugen, die ihren Angestellten die Sonntagsruhe gewähren und den Achtuhr-Ladenschluß eingeführt haben. Arbeiter und Arbeiterinnen, kauft nicht nach 8 Uhr abends und nicht Sonntags ein.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird gebeten, dieser Aufforderung durch Abdruck die weiteste Verbreitung zu sichern. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Regien.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Erklärung. Die Verwaltung des Nürnberger Dienstbotenvereins nahm Stellung zur Aufforderung in der „Gleichheit“, Vertreterinnen der Dienstbotenvereine zur außerordentlichen Frauenkonferenz nach Berlin zu entsenden. Die Verwaltung lehnt es ab, Vertreterinnen zur Frauenkonferenz zu entsenden mit folgender Begründung:

Der Nürnberger Dienstbotenverein sieht seine Vertretung in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und wird, wenn von dieser Seite eine Dienstbotenkonferenz einberufen wird, Delegierte entsenden und dort auch dann den Antrag stellen, einen Zentralverband der Hausgehilfinnen Deutschlands zu gründen. Der Nürnberger Dienstbotenverein hält die Zurückziehung der provisorischen Tagesordnung der außerordentlichen Frauenkonferenz für das beste, ebenso auch die Aufforderung, daß Vertreterinnen der Dienstbotenvereine zur Frauenkonferenz entsandt werden. Sollte indes dieses nicht geschehen, so werden die Dienstbotenvereine aufgefordert, keine Vertreterinnen zu entsenden. Die Dienstbotenvereine sind durch die Gewerkschaftsartikelle gegründet, und diese haben ihre oberste Vertretung in der Generalkommission. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands steht somit das Recht zu, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, und keiner anderen Körperschaft.

In eigener Angelegenheit erklärt Unterzeichnete im Einverständnis mit der Verwaltung, daß sie nach oben angeführtem es ablehnen muß, daß in der „Gleichheit“ ausgeschrieben Referat auf der außerordentlichen Frauenkonferenz in Berlin zu übernehmen. Das Referat war nur für eine Konferenz von Leiterinnen der Dienstbotenvereine bestimmt, die anlässlich des Preußentags in Berlin anwesend sein dürften, nicht aber für eine öffentliche außerordentliche Frauenkonferenz.

Nürnberg.

Helene Grünberg.

Der Erklärung zur Antwort. Auf die Erklärung der Verwaltung des Nürnberger Dienstbotenvereins und der Genossin Grünberg erwidert die Unterzeichnete das Folgende:

Es ist selbstverständlich die eigenste Angelegenheit des Nürnberger Dienstbotenvereins, wie er sich zu der einberufenen Frauenkonferenz stellen, und ob er seine Verwaltung allein über seine Stellungnahme entscheiden lassen, oder ob er selbst bei dieser Entscheidung ein Wort mitreden will. Wohl aber drängt sich die Frage auf, woher nimmt die Verwaltung des Vereins das Recht, sich nicht bloß als Vormund aller Dienstbotenvereine, sondern auch der prole-

tarischen Frauenbewegung in ihrer Gesamtheit aufzuspielen und beiden Verhaltensmaßregeln vorschreiben zu wollen, über die sie vorher mit keiner der in Frage kommenden Instanzen Verständigung gesucht hat: weder mit den Vorständen der übrigen Dienstbotenvereine, noch mit der Vertrauensperson der Genossinnen für Deutschland oder aber den lokalen Vertrauenspersonen. Die Verwaltung stellt es so hin, als ob mit der Einberufung der Konferenz die Genossinnen ihre Befugnisse überschritten hätten, sich unzulässigerweise mit einer gewerkschaftlichen Frage beschäftigten und dadurch gegen die Autorität der Generalkommission verstießen. Sie selbst aber mißachtet die Grenzen ihrer eigenen Befugnisse, indem sie sich, wie Figura zeigt, aus eigener Machtvollkommenheit zur obersten Ratgeberin, Richterin und Autorität der gesamten proletarischen Frauenbewegung aufwirft.

Tatsächlich bedeutet die Einberufung der Konferenz ebenso wenig eine Überschreitung des Tätigkeitsgebietes der proletarischen Frauenbewegung, wie eine Verkennung der Aufgaben und der Autorität der Generalkommission. Die Dienstbotenbewegung und die Dienstbotenorganisation ist mindestens in ebenso großem Maße das Werk der proletarischen Frauenbewegung, als das der Gewerkschaften. Es sind, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, überall die Genossinnen gewesen, die in erster Linie die Dienstbotenbewegung in Fluß gebracht haben, die die nötige agitatorische und organisatorische Arbeit für sie leisten, die in den Vereinen und für die Vereine tätig sind. Daß sie sich dabei mancherorts, leider nicht überall, der tatkräftigen Unterstützung der Gewerkschaften erfreuen, sei gern anerkannt. Von beiden Seiten ist getan worden, was Pflicht war, um die Dienstboten aufzuklären und zu organisieren. Die Dienstbotenvereine sind werdende, aber noch nicht überall fertige gewerkschaftliche Organisationen. Sie zu solchen zu machen, ist das Ziel der Genossinnen, dem vor allem auch die Frauenkonferenz dienen soll. Gerade infolge ihrer noch unfertigen Entwicklung sind die Dienstbotenvereine bis heute noch nicht einmal überall den örtlichen Gewerkschaftskartellen, geschweige denn der Generalkommission angegliedert. Zweck der Konferenz soll sein, diese Angliederung überall vorzubereiten und zu fördern, ebenso auch den Zusammenschluß zu einer Zentralisation, die ihren Anschluß und ihre natürliche Vertretung in der Generalkommission erhält. Wie die bisherige Entwicklung der Dienstbotenorganisation das Werk eines einträchtigen Zusammenarbeitens von Genossinnen und Gewerkschaften gewesen ist, so ist auch für die weitere Entwicklung ein verständnisvolles Zusammenwirken beider erforderlich. Und es ist zum mindesten recht unbedacht gehandelt, durch einen kleinlichen Kompetenzstreit dieses Zusammenarbeiten zu erschweren und zu stören. Die Lage der Dinge machte es den Genossinnen zur unabwendbaren Pflicht, über die weitere Entwicklung der Dienstbotenbewegung und die Mittel, sie kräftigt zu fördern, zu beraten. Es liegt aber auf der Hand, daß die Genossinnen, die bisher in der jungen Dienstbotenbewegung den Hauptteil der Arbeit getragen haben, nicht über die von ihnen gegründeten Vereine hinweg die weitere Entwicklung erörtern können, sondern nur im Einverständnis und in Verbindung mit diesen selbst. Daher die Notwendigkeit, eine außerordentliche Frauenkonferenz einzuberufen, an der die Vertreterinnen der organisierten Dienstmädchen teilnehmen. Dies in der Sache selbst der Verwaltung des Nürnberger Vereins zur Abwehr.

Was die persönliche Erklärung der Genossin Grünberg anbelangt, so mutet sie in mehr als einer Beziehung eigenartig an. Zunächst konnte Genossin Grünberg, als sie das Referat zusagte, meiner Ansicht nach gar nicht im Zweifel darüber sein, daß sie auf einer öffentlichen Frauenkonferenz und nicht bei einer Besprechung der Leiterinnen von Dienstbotenvereinen referieren sollte. Allein sogar wenn sie im unklaren gewesen wäre, so hätte sie durch die erste Bekanntgabe zur Konferenz in Nr. 20 der „Gleichheit“ vom 30. September über den Charakter der Tagung belehrt sein müssen. Nach dem Erscheinen dieser Bekanntgabe sind vierzehn Tage verstrichen, ohne daß Genossin Grünberg der pechschwarze Frevler der Konferenz zum Bewußtsein gekommen wäre. Jeder Unbefangene wird zugeben, daß ihr die Erleuchtung entweder ebenso plötzlich als spät gekommen sein muß oder aber, daß Genossin Grünberg merkwürdigerweise die Zeit lange ungenutzt ließ, um sich zunächst durch eine Anfrage aufzuklären und, wie es unter Genossinnen sonst üblich ist, über eine strittige Frage Verständigung zu suchen.

Berlin, den 21. Oktober 1907.

Otilie Baader,

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Zu einer gut besuchten Dienstmädchenversammlung zu München, die am 20. Oktober tagte, referierte Genossin Lachenmeyer über das Thema: „Welche Vorteile hat die Zentralisation der Dienstmädchenvereine?“ Der Referent führte als ersten Vorzug einer Zentralisierung an, daß die Mädchen bei der Übersiedlung in einen anderen Ort sich nicht neu in den Verein aufnehmen zu lassen brauchen und durch den Umzug die durch die seitherige Mitgliedschaft erworbenen Ansprüche an die Vorteile der Organisation nicht verlieren, wie das heute noch vielfach der Fall ist. Eine Zentralisation würde weiter die Möglichkeit gewähren, in den einzelnen Orten zur Unterstützung zureisender Mädchen Dienstmädchenheime zu gründen, die Agitation durch eine gut fundierte Zentralkasse wirksamer als heute zu betreiben und die Forderungen, welche zur Hebung der Lage der Hausangestellten erhoben werden, mit größerem Nachdruck wie jetzt zu vertreten. Eine für alle Organisationen einheitliche und gutgeschriebene Fachzeitung würde zur Auf-

klärung und Bildung der Mitglieder beitragen. Die Darlegungen des Genossen Lachenmeyer, der auch auf die einberufene außerordentliche Frauenkonferenz in Berlin hingewiesen hatte, welche sich mit der Zentralisation der Dienstbotenvereine befassen wird, fanden großen Beifall. Über die weitere Stellungnahme zur Zentralisation wird in der nächsten Versammlung Beschluß gefaßt werden. In der Diskussion rief ein Mitglied des Münchener Vereins, Fräulein Kippis, die Kolleginnen zum treuen Zusammenhalten und zur Mitarbeit an dem Ausbau der Organisation auf, durch welche die Mädchen ihre Lage verbessern könnten. Es meldeten sich mehrere neue Mitglieder. Nach dem Schluß der Versammlung verweilten die Anwesenden noch einige Stunden beim fröhlichen Kirchweihstanz. J. Lachenmeyer.

Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen von Hamburg und Umgebung hielt am 9. Oktober seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Kassiererin gab den Kassenbericht, nach welchem die Einnahmen 2125 Mk., die Ausgaben 1720 Mk. betragen und ein Kassenbestand von 405 Mk. verbleibt. Genossin Baumann sprach über die von der Vertrauensperson der deutschen Genossinnen einberufene außerordentliche Frauenkonferenz, auf welcher die Dienstbotenfrage behandelt werden wird. Sie führte aus, daß diese Konferenz notwendig sei, damit die in der Dienstbotenbewegung tätigen Frauen die gesammelten Erfahrungen austauschen, Anregungen empfangen und diese für schon bestehende oder neu zu gründende Organisationen verwerten könnten zum Zwecke eines möglichst gleichmäßigen Vorgehens. Vom Stellennachweis müsse der Arbeitsvertrag bei Vermittlungen mit Nachdruck zur Geltung gebracht werden. Genossin Kollfs sprach in der Diskussion im Sinne der Referentin. Zu Delegierten für die Frauenkonferenz wurden die Genossinnen Zieg und Köhler gewählt. Die Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß der Verein am 13. Nov. im großen Saale des Gewerkschaftshauses sein Stiftungsfest und am 1. Dezember eine gemüthliche Zusammenkunft abhalten wird. Das Bureau des Stellennachweises befindet sich Besenbinderhof 56/57, Zimmer 2h I, und ist täglich von 8 bis 8 Uhr, Sonnabends von 8 bis 5 Uhr geöffnet. Von 4 bis 7 Uhr nachmittags finden direkte Vermittlungen statt. Im Bureau werden täglich Beitrittserklärungen entgegen genommen; das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf. und der monatliche Beitrag 35 Pf., wofür kostenloser Stellennachweis gewährt und zweimal im Monat die „Gleichheit“ geliefert wird.

Berta Mangelk.

Die erste Dienstbotenversammlung in Dresden fand am 20. Oktober statt. Schon seit vielen Monaten war ein Flugblatt unter den Dienstboten verbreitet worden. An den vorhergehenden Sonntagen wurden sie zu der Versammlung durch Handzettel eingeladen, die in der Hauptsache auf den Tanzsälen zur Verbreitung gelangten. Der Besuch der Versammlung war allerdings sehr mäßig. Aber aller Anfang ist schwer, besonders in Kreisen, wo es an der richtigen Erkenntnis der eigenen Lage mangelt und mithin auch an dem Verständnis für die Mittel, welche sie bessern können. Arbeitersekretär Buch hielt einen Vortrag über „Die Rechte und Pflichten der Dienstboten und sonstigen Hausarbeiterinnen“. Der Referent hob hervor, wie sehr es in den Kreisen dieser Proletarierinnen an Aufklärung fehlt, und daß durch die Hülfleistung des Arbeitersekretariats schon viele Dienstboten zu ihrem Rechte gekommen sind. In einem Falle hatte sogar ein Dienstmädchen, das von der „Gnädigen“ mißhandelt worden war, durch das Eingreifen des Arbeitersekretariats eine Buße von 300 Mk. erhalten. Die Dienstboten müssen mit den Gedanken vertraut gemacht werden, die auch die Arbeiterinnen in den Fabriken dazu führten, sich in gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen. Wenn die Dienstboten genügend aufgeklärt worden sind, werden sie es nicht mehr verstehen, wie die Bestimmungen der Gesindeordnung mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein in Einklang gebracht werden können. Die Arbeiterfamilien aus denen die Dienstmädchen stammen, haben ein Interesse daran, daß ihre Töchter geschützt werden. In Dresden sind circa 21000 Dienstboten vorhanden, und es ist unsere Pflicht, diesen unsere Hilfe angedeihen zu lassen. Die Vorsitzende, Genossin Lewinsohn, erklärte, daß die Dienstbotinnen abgeschafft werden müßten. Einzelne Zeugnisse über jedes Dienstverhältnis müßten genügen. Die Rednerin und Genossin Auerbach brachten einige Mißstände bei Dienstverhältnissen zur Sprache, die sie bei der Agitation für die Versammlung erfahren hatten.

O. S.

Frauenstimmrecht.

Das kommunale Frauenstimmrecht vor dem Forum des Vereins für Sozialpolitik. In seiner letzten Tagung hat der Verein für Sozialpolitik — eine Gruppe einstmaliger Kathedersozialisten, arbeiterfreundlicher Intellektueller und ähnlicher braver Männer — auch die Frage des Frauenstimmrechts gestreift, freilich nur des Frauenstimmrechts in den Gemeinden, und auch das nur in ablehnendem Sinne. Der Referent über die „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“, das Herrenhausmitglied Geheimrat Professor Dr. Voening-Palle, hielt es eigentlich überhaupt nicht für notwendig, auf das kommunale Frauenstimmrecht einzugehen, „das jetzt von vielen Seiten so fürwisch verlangt wird“, denn es sei ja nicht anzunehmen, daß die Frauen in absehbarer Zeit in Preußen das Bürgerrecht erhalten würden. Der Herr Justizrat überreichte den Damen dafür mit einigen höflichen Verbeugungen die Schlüssel zu den kommunalen Ehrendämtern in der Waisenpflege, Armenpflege, Wohnungsinspektion usw. Wie in den letzten Jahren der deutsche Nationalverein die deutschen Arbeiter zwar nicht als Stimm- und Stimmberichtigte haben

wollte, ihnen aber empfahl, sich als „geborene Ehrenmitglieder“ des Vereins zu betrachten, so bietet man auch hier Ehrendämter statt Gleichberechtigung. Leider ist nicht zu erwarten, daß die bürgerlichen Damen diese Art der „Ehrung“ ebenso energisch und würdig zurückweisen werden, wie die deutschen Arbeiter es seinerzeit taten. Zwar wird es die Frauenrechtlerinnen schmerzen, eine solche Behandlung ihrer Wünsche gerade von den Herren zu erfahren, zu denen sie immer mit so hoffnungsvoll kindlichem Vertrauen emporgeliebt haben. Aber sie werden sich damit trösten, daß der Herr Professor die günstigen Erfahrungen rührend hervorhob, die man bisher mit den „Ehrendamen“ in Armen- und Waisenpflege gemacht hat. Und sie werden sich in „echt weiblicher Bescheidenheit“ zuletzt doch noch glücklich schätzen, daß die Spitzen der deutschen Sozialreformer so mannhast eingetreten sind, wenn auch nicht für ein kommunales Frauenstimmrecht, so doch für eine — Ehrendamenerlaubnis.

Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Dänemark hat die sozialdemokratische Fraktion in einem Vorschlag zur Verfassungsänderung gefordert, ebenso die Herabsetzung des Wahlrechtsalters vom 30. auf das vollendete 21. Lebensjahr und die Aufhebung der Bestimmung, daß das Wahlrecht an einen mindestens einjährigen sechsjährigen Aufenthalt im Wahlkreise oder der Stadt geknüpft ist.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in Holland sieht ein Gesetzentwurf der Regierung vor, welcher die jetzigen Beschränkungen des Wahlrechts aufhebt und das allgemeine Wahlrecht festlegt. Den Frauen soll sowohl das Recht zustehen, zu wählen, wie als Abgeordnete gewählt zu werden. Das Frauenwahlrecht marschiert!

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Von der sozialistischen Frauenbewegung in England. Die Frauenvereine (Women Circles), welche innerhalb der „Sozialdemokratischen Föderation“ (S. D. F.) in England von Genossinnen gegründet worden sind, haben seit der Stuttgarter Internationalen Frauenkonferenz eine sehr erfreuliche Tätigkeit entwickelt. Überall werden neue Vereine gegründet, um mittels ihrer der sozialdemokratischen Partei neue Mitglieder, neue Kämpfer für die sozialdemokratischen Ideale aus den Reihen der bisher indifferenten Frauen zu gewinnen. Die Vereine bezwecken, Frauen und Männer nebeneinander in die Front stellen zu dem gemeinsamen Kampfe für ein gemeinsames Ziel. Sie beschränken sich jedoch nicht darauf, zum Kampfe zu rufen und zu sammeln, sie beabsichtigen außerdem die Frauen zu erziehen — und zwar besonders in den Ideen des Sozialismus. Zu diesem Zwecke haben sie in vielen Orten Vorträge veranstaltet über nationalökonomische wie geschichtliche und andere wissenschaftliche Themen. Ihre Tätigkeit hat bis jetzt guten Erfolg gehabt, die Mitgliederzahl der Vereine steigt täglich und die Aussichten für die künftige Weiterentwicklung sind sehr günstig.

J. B. A.

Eine Jahreskonferenz der sozialdemokratischen Frauenvereine der Vereinigten Staaten fand kürzlich in Elizabeth, Staat New Jersey, statt. Die Mitgliederzahl der Frauenvereine hat sich im letzten Jahre um 32 vermehrt und beträgt 344. Den Hauptpunkt der Beratungen bildete das Referat über die Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart, welches Genossin Greie-Kramer erstattete. Auf dieses Referat hin beschloß die Konferenz, mit den europäischen Genossinnen in nähere Fühlung zu treten und sie über die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung in Amerika regelmäßig zu unterrichten. Es ward von den Delegierten viel darüber gellagt, daß es sehr schwer sei, in den Frauen das Interesse für die Lehren des Sozialismus zu wecken; alle aber gaben dem verschiedenen Willen Ausdruck, den Schwierigkeiten eine gesteigerte Agitation entgegenzusetzen. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, die ungeheure Steigerung der Preise für Nahrungsmittel und alle anderen Lebensbedürfnisse zum Gegenstand einer Massenagitation unter den Proletarierinnen zu machen. Genossin Laura Schaefer wurde als deutsche Sekretärin und Genossin Johanna Greie-Kramer als englische Sekretärin des Hauptkomitees wiedergewählt. Die nächste Konferenz soll 1908 in New York stattfinden.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin in Italien ist angestellt worden. Mit dem Amte wurde Signora Bolanteri betraut, die bisher als Organisatorin und Agitatorin in der Gewerkschaft der Schneiderinnen zu Mailand tätig gewesen ist. Sie hat einen besonderen Kursus zur Ausbildung für ihr neues Amt in der Societa Umanitaria zu Mailand durchgemacht.

Die erste Gewerbeinspektoria in der Schweiz, die 1906 für den Kanton Zürich angestellt worden ist, hat kürzlich zum erstenmal über ihre Amtstätigkeit im Gesamtbericht der Regierung des Kantons berichtet. Nachdem die Beamtin auf dem Bureau der Gewerbeaufsicht für Fabrikwesen eine kurze Zeit gearbeitet hat, wurde ihr die selbständige Leitung des Arbeiterinnenschutzwesens übertragen. Von Anfang August 1906 bis zum Schlusse des Berichtsjahres hat sie 272 Revisionen in Betrieben vorgenommen, die unter dem Arbeiterinnenschutzgesetz stehen. Es ist ihr dabei gelungen, viele Übertretungen der gesetzlichen Vorschriften sowie andere Mißstände aufzudecken. Dem Arbeiterinnenschutzgesetz sind in Zürich 792 Betriebe mit 1959 Arbeiterinnen und 734 Lehrlingmädchen unterstellt. Vergleicht man mit dieser Zahl die der Revisionen, so ergibt sich, daß die Tätigkeit einer Beamtin nicht hinreichend ist, um den Arbeiterinnen den gesetzlich gewährleisteten Schutz tatsächlich zu sichern. Es müßten unbedingt noch mehr Inspektoriinnen angestellt werden.

Weltgeschichte.

von Arno Holz.

Heimlich durchwandert die Nacht den Tann,
Duftend im Vollmond schwanken die Gräser;
Alles schläft! Nur ein steinalter Mann
Puht sich geschäftig die Brillengläser.
Nimmt sich ein Präschen und sagt: Hätschl!
Ich bin der achte der sieben Weisen!
Ach, und er merkt es nicht einmal, wie
Ueber ihm leuchtend die Sterne kreisen!

Sehnsüchtig harst durch die Zweige der Wind,
Blüten erschließen sich, Knospen schwellen;
Alles still! Nur der Nachttau rinnt
Und von den Bergen her rauschen die Quellen.
Raune nur traumhaft, du dunkle Natur,
Raune das Rätsel der Elemente,
Hat doch der alte Graukopf nur
Sinn für Wäcker und Pergamente!

Wenn er nur schnüffeln und büffeln kann,
Mag dreist dies Sonnensystem erkalten;
Dah ist's schon recht, denn was geht es ihn an,
Ist sich die Welten wie Blumen entfalten?
Festgeleimt an den Stuhl das Gefäß,
Fängt er sich Grillen und mästet sich Motten,
Hätschl und schreibt gelehrte Essays
Ueber Assyren und Hottentotten.

Tintenfässer bilden Spalier,
Goldstreusand und Radiermesser blinken,
Ganze Ballen von Schreibpapier
Liegen bekrümelt ihm schon zur Linken.
Säuberlich hat er drin aufnotiert
Jede Schlacht und jedes Gemehel,
Neben Napoleon figuriert
Kaiser Eber und der Hunnenhan Ehel.

Ekelerregend mit jedem Band
Schwillt das Gemengsel von Blut, Fleisch und Knochen;
Leute wie Sokrates, Shakespeare und Kant
Werden nur so nebenbei besprochen.
Weltharmonie und Sphärenmusik
Können ihm vollends gestohlen bleiben;
Interessanter ist schon die Rubrik,
Wie sich die Kaiser von China entleiben!

Also sitzt er und schmiert und schmiert
Tote Zahlen und trockne Berichte,
Bis er dann endlich „Schluß“ drunter kliebt
Und auf das Titelblatt: „Weltgeschichte“.
Weltgeschichte! O blutiger Hohn!
Uralter Hymnus auf die Borniertheit!
Wann, o wann kommt des Menschen Sohn,
Der dich erlöst aus deiner Vertiertheit?

Immer noch brätet die alte Nacht
Grauensvoll über den Völkern der Erde,
Aber schon seh' ich rotlodern entfacht
Flammen des Geistes auf ewigem Herde.
Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit
Jubelt die neugeborene Trias!
Freu dich, mein Herz, denn die goldene Zeit
Dämmert und predigen wird der Messias:

Lebt in Frieden und baut euer Zelt,
Viel, ach, müßt ihr noch lehren und lernen;
Ein Herz schlägt durch die ganze Welt,
Ein Geist stutet von Sternen zu Sternen.
Ruft drum als Lösung von Land zu Land:
Eins sei die Menschheit von Zone zu Zone!
Erst wenn sie staunend sich selbst erkennt,
Dann erst ist sie der Schöpfung Krone!

Molla Mohammed.

Eine türkische Erzählung.

Deutsch nachgezählt von E. Hartmann-Harder.

In den guten alten Zeiten — Allah weiß, wie weit sie
hinter uns liegen — lebte in Suleimanije, einem Provinz-
städtchen hart an der Grenze des mächtigen türkischen
Reiches, ein Mann namens Mohammed. Er war gut
bekannt im Orte, jedes Kind hätte über ihn Auskunft
geben können, war er doch ein Molla, ein Doktor der
Rechts- und Gottesgelahrtheit, und Schulmeister. Schon
seit Jahren war er tagtäglich in seiner kleinen Schule,
überwachte die ungeschickten Schreibversuche der Buben
auf ihren Holztafeln, lehrte sie den Koran lesen und ließ
wader den langen Rohrstock auf ihren Rücken tanzen.
Manche Menschen sollen sich ganz glücklich bei dieser
Lebensweise fühlen, Molla Mohammed jedoch verwünschte
alle Tage seinen Beruf. Er fühlte sich zu etwas Besserem
geboren: schon mit zwölf Jahren hatte er alle einhundert-
undvierzehn Suren des Koran auswendig gekannt, und eine
Handschrift hatte er — jedermann staunte über die schön-
geschwungenen Formen seiner H's und K's, wenn er den
Bekanntesten einen Brief oder eine Eingabe aufschrieb. Und
er hatte Übung genug im Schreiben: von früh an legte
er auf jedes Blatt Geschriebenes — es war ja lange,
bevor die Schwarzkunst der Drucker die Welt mit sündigen
Büchern überschwemmte — Beschlag, um es sorglich ab-
zuschreiben. Da fand er denn solch Gefallen am Bücher-

machen, daß er es nicht mehr lassen konnte. Gab es
nichts zu kopieren, so schrieb er seine eigenen Gedanken
nieder und strömte die Sehnsucht nach hohen Zielen in
zahllosen Versen aus. Da war ihm sein Amt eine rechte
Last, und nur um des Weibes und der alljährlich sich
mehrenden Kinder willen, die tagtäglich ihr bescheidenes
Brot verlangten, blieb er dabei.

Eines Tages riet ihm ein Kaufmann, der weit in
der Welt herumgekommen war, er solle nach Stambul
gehen, dort, in der Hauptstadt, werde er schon sein Glück
machen. Das leuchtete dem Schulmeister ein, eifrig und
voll freudiger Erwartung betrieb er die Vorbereitungen
zu der weiten Reise. Als sein treues Weib ihn beim
Abschied weinend umschlang, tröstete er sie: „Gedulde
dich fünf Jahre lang, in dieser Zeit hoffe ich mein Glück
zu machen, als wohlhabender, angesehener Mann komme
ich dann, inschallah (so Gott will), zu dir und den Kindern
zurück!“

Nach mühevoller Reise kam Molla Mohammed in
Stambul an. Die geringe Barschaft, die er mitgenommen,
war unterwegs verbraucht, seine Kleider abgerissen; doch
was tat's? In Stambul erwartete ihn ja das Glück.
Gleich am ersten Tage verfaßte er ein Schreiben an den
Scheich-ul-islam, den obersten geistlichen Würdenträger
des Reiches; er drechselte die kühnsten Redensarten,
schmiedete die unglaublichsten Verse, schrieb seine schönsten
H's und K's und ging damit zur Pforte des Schlosses,
darin der hohe Herr residierte. Doch der Pförtner wies
ihn barsch zurück, da seine Kleider schäbig aussehien;
nicht einmal den Brief nahm er ihm ab, „sein Herr lese
Bettelbriefe nicht!“ Betrübte schlich Mohammed fort, doch
nach kurzem Bedenken fing er's anders an.

Er ging in eine der großen Schulen. Mit ernstem
Gruß trat er an einige der Professoren heran, nannte
seinen Namen und Beruf und fragte, ob er an einer
Schule Stambuls eine Stellung finden könnte. Doch
auch hier wurde er barsch abgewiesen.

Da seine dürftige Kleidung seinem Fortkommen im
Wege zu sein schien — es war eben in den alten Zeiten,
wo die Leute noch so merkwürdige Vorurteile hatten —,
schlug er einen anderen Weg ein. In sein armseliges
Quartier zurückgekehrt, schrieb er eine Eingabe, die er
durch einen Boten an die Behörde sandte. Hatte er
früher seine Talente, seine gute Gesinnung gerühmt, so
verlangte er jetzt einfach, zu der Belehrenprüfung zu-
gelassen zu werden, zu welcher er vorbereitet sei. Zwei,
drei Tage vergingen, die Behörde antwortete nicht. Unter-
des litt der arme Mohammed Hunger. Er hatte bestimmt
erwartet, vorläufig, bis er eine seinen Fähigkeiten an-
gemessene Stellung fände, Beschäftigung und Brot an
einer Kleinkinderschule oder durch Schreiberdienste zu
erhalten. Doch überall ward er abgewiesen, hatte er
doch keine Empfehlungen von hochstehenden Persönlich-
keiten, — und in jenen alten Zeiten legte man selbstamer-
weise Gewicht auf diese Dinge.

So entschloß er sich zum äußersten: er besaß eine
Menge Manuskripte, sorgsam und schön zusammen-
geschrieben, seine eigenen Verse hatte er natürlich auch
mit nach Stambul gebracht, sein Herz hing an den
Blättern, aber um nicht zu hungern, mußte er diese Schätze
verkaufen. Doch niemand in ganz Stambul wollte etwas
von seinen Schätzen wissen.

Sehnsüchtig gedachte unser armer Mohammed seiner
kleinen Schule in Suleimanije, es war doch ganz hübsch
gewesen, die Buben zu klopfen. In recht trüben Ge-
danken schlenderte er eines Tages durch die Straßen der
Hauptstadt. Da sah er zwei Lastträger, die lachend und
schwappend ihre Bürde vor einer Schenke absetzten, eine
Zigarette anzündeten und sich unter dem Zeltdach nieder-
ließen, wo alsbald der Wirt eine dampfende Schüssel
vor sie hinsetzte. Die hungerten nicht wie er. Moham-
meds Entschluß stand fest. Dankbar für den Besitz eines
kräftigen Körpers, suchte und fand er im Hasen Be-
schäftigung als Lastträger. Nach zwei, dreitägiger Arbeit
hatte er einige Pfaster erworben. Dafür kaufte er bei
einem Trödler die Kutte eines christlichen Mönchs, legte
sie an, ging aufs neue zum Palast des Scheich-ul-islam
und begehrte Einlass in einer dringenden Angelegenheit.
Vor den hohen Würdenträgern geführt, verneigte er sich
tief und begann:

„Ein wichtiger Wunsch führt mich zu dir. Du siehst,
ich bin ein Ungläubiger. Im Traum erschien mir heute
nacht ein Engel, der mir verkündete, der Islam sei die
einzig wahre Religion. So bin ich zu dir gekommen,
damit du mich zu einem Moslim machest.“

Erfreut pries der Scheich-ul-islam Allah und seinen
Propheten, hieß den Antömmeling Platz nehmen und
lehrte selbst ihn die Glaubensformel nachsprechen: „Es
gibt keinen Gott außer Allah, Mohammed ist der Ge-
sandte Allahs.“ Dann mußten Diener ihn ins Bad
führen und ihm anstatt seiner Kutte ein Ehrenkleid
bringen. Der Scheich-ul-islam hatte nichts Eiligeres zu
tun, als Seiner Majestät dem erhabenen Sultan von
dem wunderbaren Vorfall Mitteilung zu machen und

um Anweisungen zu bitten, was weiter mit dem Neu-
bekehrten zu tun sei.

Es wurde angeordnet, daß der angebliche Mönch am
anderen Tage im Beisein des ganzen Hofes vom Sultan
selbst seinen moslimischen Namen erhalten sollte. Vor
der feierlichen Versammlung verneigte sich der Molla
demütig und sprach: „Unter all den hohen und herrlichen
Namen, von denen ich fürder einen tragen soll, scheint mir
keiner dem gleich, den der Gottesgesandte — Gott segne
ihn! — selbst trug. Willst du, o Herrscher der Gläubigen,
mir hohe Gunst erzeigen, so nenne mich Mohammed.“ —
So erhielt Molla Mohammed den Namen Mohammed.

Am anderen Tage sprach ganz Stambul von dem
Neubekehrten. Er erhielt auf des Sultans ausdrücklichen
Wunsch einen der berühmtesten Mollas als Lehrmeister.
Mit dem Abo wurde begonnen. Molla Mohammed
hütete sich wohl, zu verraten, daß er alles ebenso gut
oder noch besser als sein Lehrmeister wußte, er spielte
den wissensdürstigen Schüler. Der Sultan geruhte, sich
alle paar Tage selbst nach den Fortschritten seines Schü-
lings zu erkundigen, und war hocherfreut, daß man
dessen Fähigkeiten nicht genug rühmen konnte. Er machte
unglaublich rasche Fortschritte in dem Wissen der wahren
Religion, schon schrieb er die tabellosesten H's und K's,
er zeigte bei jeder Gelegenheit die beste Gesinnung, er
war offenbar ein gottbegnadeter Mensch.

Mit seiner Not hatte es längst ein Ende. Er wohnte
im Hause des Scheich-ul-islam und aß an seinem Tische.
Der Sultan zeichnete ihn durch die wertvollsten Geschenke
aus. Nach einem Jahre erklärte sein Lehrmeister ihn für
reif, nunmehr selbst ein Molla zu werden. Bei dem Feste,
das ihm zu Ehren im Palast des Scheich-ul-islam gegeben
ward, überreichte ihm der Sultan selbst seine Ernennung
zu einer ansehnlichen und gut besoldeten Stellung an
einer der Belehrenschulen, der Hof veranstaltete eine
Sammlung für ihn, deren Ergebnis ihn in den Stand
setzte, eines der elegantesten Häuser zu erwerben und
den großen Herrn zu spielen. In der guten Gesellschaft
riß man sich um ihn, er war der Glanz eines jeden
Festes, er rühmte sich der Gunst der vornehmsten Damen,
und die Leute, deren Diener ihn einst von den Türen
gewiesen, lagen schier auf dem Bauch vor ihm, um nur
für ihre Sammlungen ein paar flüchtig hingeworfene
Zeilen von seiner Hand zu erhalten. Er hatte die
feurigsten Pferde, seine Diener die reichstbetreuten Livreen,
er erwarb die kostbarsten Manuskripte, und er beschützte
huldvoll junge aufstrebende Talente.

Der Sultan, dessen Wohlwollen Mohammed stets
geleitete, dachte ihn noch fester an seinen Hof zu fetten
und schlug ihm die Heirat mit der Tochter seines Groß-
wefirs vor. Doch Mohammed, seines lieben Weibes
und der heranblühenden Kinder in der Heimat eingedenk,
erwiderte, sich bis zur Erde verneigend, mit feierlicher
Miene: „Erhabenster Herrscher, du ehrt mich mehr, als
ich es verdiene. Doch diese Gunst muß ich ausschlagen.
Nähme ich eine Gattin, so würde mein Denken und
Lieben geteilt zwischen ihr und der Wissenschaft, eine
oder die andere müßte darunter leiden. Nimm, wenn du
willst, mein Leben, o Herr, aber zürne mir nicht, wenn
ich es allein dem Dienste des Propheten widmen will.“
Man begriff seine Handlungsweise nicht, aber man war
überzeugt, daß ihn nur die heiligsten Beweggründe dazu
vermocht haben konnten. . . .

So schwanden die Jahre. Als der Lenz zum vierten-
mal nach seiner wunderbaren Bekehrung ins Land zog,
erschien Molla Mohammed eines Tages vor dem Sultan,
käufte den Saum seines Gewandes und sprach: „Beherrscher
der Gläubigen! Unvergleichlich ist das Leben in deiner
Nähe, köstlich in deiner Hauptstadt. Aber siehe, ich stamme
aus der Gegend von Suleimanije und weiß, daß tiefe
Unwissenheit dort im Volke herrscht. Ich fühle den
Drang, dorthin zu gehen und das Licht des gereinigten
Glaubens und der Wissenschaft in meine Heimat zu
tragen. Gib mir die Erlaubnis dazu!“

Der Sultan sah den sonderbaren Menschen verwundert
an: Der wollte ja wohl um einer Idee willen das
üppige, freudenreiche Leben am Hofe zu Stambul mit
dem Leben in einem elenden Neste fast außerhalb der
Welt vertauschen! Eine solche Selbstlosigkeit im Dienste
der Wissenschaft mußte belohnt werden: Mohammed
erhielt zugleich mit der Entlassung ein Schreiben, das
ihm die Einkünfte der sechs reichsten Ortshäfen um
Suleimanije sicherte. Auch rüstete der Sultan selbst ihm
die Reiselarawane aus: hundert Kamele konnten die
Kostbarkeiten kaum wegschleppen, und ein fürstliches
Befolge geleitete ihn.

So kehrte Molla Mohammed in seine Heimat zurück,
ein vermöglicher und hochgeachteter Mann. Das war
in den guten alten Zeiten — Allah weiß, wie weit sie
hinter uns liegen —, wo ein Mann von Talent noch
sein Glück machen konnte.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Clara Jettin (Zunbet). Wilhelmshöhe
Post Begetoch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Waul Singer in Stuttgart.